

POLITISCHE ELITEN IN ÖSTERREICH

Die Wiener Gemeinderäte

von

Helmut KRAMER

Forschungsbericht No. 8

Juni 1967

V o r w o r t

In der europäischen sozialwissenschaftlichen Literatur herrscht großer Mangel an empirischen politikwissenschaftlichen Untersuchungen. Insbesondere fehlt es an systematischen, auf Interviews basierenden Studien über das Verhalten von politischen Eliten (Parlamentariern, Parteifunktionären usw.)

Die Politikwissenschaftliche Abteilung des Instituts für Höhere Studien hatte im Studienjahr 1964-65 Professor Heinz Eulau von der Stanford University (Kalifornien) für mehrere Monate zu Gast. Unter der Anleitung Heinz Eulaus, einem der Pioniere der amerikanischen Politikwissenschaft auf dem Gebiet der "Legislative Behavior"-Forschung, führte ein Team der Politikwissenschaftlichen Abteilung des Instituts (Trautl Brandstaller, Gerhard Drekonja, Peter Gerlich, Helmut Kramer, Arlette Leupolt-Löwenthal, Manfred Scheuch und Karl Selber) Interviews mit 98 der 100 Abgeordneten zum Wiener GR durch (im Wiener Gemeinderat sind 60 Mandatare der Sozialistischen Partei, 35 der Österreichischen Volkspartei, 3 Mandatare der Freiheitlichen Partei und 2 der Kommunistischen Partei vertreten).

Die hier vorgelegte Untersuchung ist ein Kapitel der für Herbst 1967 projektierten Publikation "Der Wiener Gemeinderat. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung". Folgende Kapitel sind weiterhin vorgesehen: Der Wiener Gemeinderat und die Wiener Politik; Die Männer und Frauen des Wiener Gemeinderates; Eintritt in die Politik und politische Karriere; Mandatar und Partei; Die Rolle des Wiener Gemeinderates, Forschungs- und Methodologiebericht.

Herzlicher Dank sei den Wiener Volksvertretern ausgesprochen, die uns ihre wertvolle Zeit zur Verfügung gestellt haben.

(Folgende Abkürzungen wurden verwendet: AAB = Arbeiter- und Angestelltenbund; FPÖ = Freiheitliche Partei Österreichs; KPÖ = Kommunistische Partei Österreichs; ÖVP = Österreichische Volkspartei; SPÖ = Sozialistische Partei Österreichs; WB = Wirtschafts- bund;)

Einleitung:

Die vorliegende Untersuchung der soziologischen Charakteristika der Wiener Gemeinderäte der Legislaturperiode 1964 - 69 soll als Beitrag zur Erforschung der politischen Elite ¹⁾ in Österreich ²⁾ aufgefasst werden. Elite-Studien "bearbeiten einen historischen Gegenstand mit soziologischen Methoden und Kategorien". So lässt sich beispielsweise das Ausmaß und das Tempo der sozialen und politischen Veränderungen in der Gesellschaft an Hand von Untersuchungen über Umstrukturierungen und "Zirkulationen der politischen Elite" nachweisen. Man kann fragen, wie die entscheidenden Ereignisse der politischen Geschichte der letzten 60 Jahre -

die Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechts, der Aufstieg der Arbeiterschaft, die Spannungen und der Regimewechsel der 30er Jahre, der Neubau Österreichs nach 1945, - sich auf die Besetzung der politischen Spitzenpositionen, die Zusammensetzung von legislativen Körperschaften (Parlament, Landtage etc.) ausgewirkt haben. Die Elitenforschung ist nicht nur für ein besseres Verständnis der unmittelbaren Vergangenheit und gegenwärtigen politischen Konstellationen unumgänglich, sondern es können auch anhand von Einzelanalysen legislativer Körperschaften Gesetzmäßigkeiten und Hypothesen über den politischen Prozeß in Parlamenten, die Karriere von Abgeordneten, Rekrutierung- und Selektion von Kandidaten, politische Repräsentation überprüft und verfeinert werden. ³⁾ Wie kommt es beispielsweise dazu, daß parlamentarische Fraktionen von Arbeiterparteien im Durchschnitt ein höheres Alter aufweisen als bürgerliche Fraktionen? Aus welchen sozialen Schichten rekrutieren sich die "Berufspolitiker"? Auf welche Aufgaben spezialisieren sich weibliche Abgeordnete?

Um solche Fragen beantworten zu können, muß man zum Vergleich neben früheren Legislaturperioden der jeweils untersuchten Institution auch die Verhältnisse in den übrigen parlamentarischen Körperschaften des Inlands, wie ausländische Beispiele heranziehen. ⁴⁾

Forschungsarbeiten, die in solcher Weise über die Beschreibung von Einzelphänomenen und Momentaufnahmen hinaus zu einer wissenschaftlich fundierten Analyse des Problembereichs der politischen Elite vorstoßen wollen, verlangen bei der Komplexität und Wichtigkeit dieser Fragen wie bei den zahlreichen technischen Schwierigkeiten in Erhebung und Auswertung der Daten einen recht beträchtlichen Arbeitsaufwand. Die vorliegende Studie ist nicht zufällig das Produkt eines Forschungsteams. Doch kann der Rückstand der österreichischen Elitenforschung, die Tatsache, daß trotz des reichen, faszinierenden Materials, welches das österreichische politische System in Vergangenheit und Gegenwart bietet, der Problembereich der politischen Elite äußerst spärlich erforscht ist, ⁵⁾ nicht allein durch diese "materiellen" Faktoren erklärt werden.

Westdeutsche Politikwissenschaftler beklagen, daß in Deutschland nach 1945 zwar viel über "Probleme gesellschaftlicher Führungseliten, über Elitenbildung in der Demokratie etc. diskutiert worden ist, diese Diskussion jedoch zu keinen nennenswerten empirischen Forschungen über die deutschen Spitzengruppen, ihre Herkunft, ihre Rekrutierung, ihr Schicksal und ihre Konflikte geführt" ⁶⁾ habe. Für Österreich kann man wohl ohne Übertreibung sagen, daß nicht einmal diese erste Stufe der Elitenforschung, das Interesse und die Diskussion über diese Fragen in Öffentlichkeit, Presse und Parteien erreicht worden ist.

In den Jahren des Wiederaufbaus war man viel zu sehr von praktischen Problemen wie von der Begeisterung über den glücklichen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg erfüllt, um den Mangel von gründlichen Analysen über die gesellschaftlichen und politischen Grundlagen dieses Prozesses und der Veränderung gegenüber der 1. Republik allzu ernst zu nehmen. Ohne Zweifel war dies vor allem ein Versäumnis der Sozialwissenschaften und ihrer akademischen Vertreter. Bedingt durch die Unterbrechung der empirischen sozialwissenschaftlichen Tradition ⁷⁾ in Österreich fehlte es an Forschern, die den Mut und die Mittel aufgebracht hätten, die Methoden und Theorien der modernen Sozialwissenschaften auf solch wichtige Themen anzuwenden.

Mit den Veränderungen auf der politischen Ebene, dem Brüchigwerden des Koalition-Arrangements der beiden österreichischen Großparteien, den damit zusammenhängenden organisatorischen und personellen Veränderungen hat eine neue Phase der zweiten Republik begonnen. Die österreichischen Sozialwissenschaftler, die durch die Einführung der empirischen Soziologie an den Hochschulen wie durch die Forschungsarbeit mehrerer neugegründeter Forschungsinstitute nun eine institutionelle Basis gewonnen haben, können und wollen sich dieser Aufgabe, den politisch Handelnden wie den Staatsbürger die Instrumente für ein tieferes Verständnis der sozialen und politischen Prozesse zu liefern, nicht mehr entziehen. Die Eliten-Forschung kann hier einen höchst bedeutsamen Beitrag liefern.

Zirkulation der Eliten im Wiener Gemeinderat

Ein Vergleich der Berufszugehörigkeit der Abgeordneten zum Wiener Gemeinderat der Legislaturperioden der Republik mit den Gemeindevertretern der letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts, der "liberalen Epoche",⁸⁾ gibt ein gutes Bild von den Veränderungen der österreichischen und insbesondere der Wiener Politik der letzten 100 Jahre. Vor der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts und dem Sieg der "neuen" Parteien, der Christlichsozialen und der Sozialdemokratischen Partei, waren das politische Leben, die politischen Gremien von "Honoratiorenpolitikern"⁹⁾ beherrscht. Vor 1848 und den späteren Konzessionen der österreichischen Krone und des Adels an das aufsteigende Bürgertum waren dies zum größten Teil Adelige.¹⁰⁾ Mit den ersten Erfolgen des Liberalismus gelang es dem Bürgertum seine Rechte auf der politischen Ebene durchzusetzen und seine Vertreter in die wichtigsten politischen Körperschaften zu entsenden.

Die Wiener Gemeinderäte waren bis um die Jahrhundertwende vor allem Repräsentanten des gehobenen Bürgertums. Durchblättert man Aufstellungen des Wiener Gemeinderates aus dieser Zeit, trifft man auf "Architekten, Bandfabrikanten, Porträtmaler, Schneidermeister, Apotheker und Hausbesitzer, Rentiers und Advokaten"¹¹⁾. In den Erinnerungen des neben Lueger wohl bedeutendsten Wiener Bürgermeisters der Monarchie, Cajetan Felder, sind Kurzbiographien der prominentesten Gemeinderatsmitglieder der 80erjahre aufgeführt. Von den 20 namentlich genannten sind 3 Fabrikanten, 3 Advokaten, 5 Geschäftsbesitzer und Handwerksmeister, 4 Haus- und Gasthausbesitzer, 2 Journalisten und 1 Arzt.¹²⁾

Männer solcher Berufe konnten sich auf Grund ihrer wirtschaftlichen Position und ihrer Unabhängigkeit den Luxus leisten, sich in der Politik zu engagieren. Fälle wie die des "radikalen Buchbinders von der Wieden", den die Politik so beanspruchte, daß sein Buchbindergeschäft durch Vernachlässigung zugrunde ging und schließlich eine Stelle als Tramwaykondukteur annehmen mußte,¹³⁾ dürfte eher ein Ausnahmefall gewesen sein. Für Gewerbetreibende, Advokaten, Industrielle etc. war ihre Funktion in der Kommunalpolitik auch nicht immer ein unbedingtes Opfer. Sie konnten zuweilen für ihren Berufsstand und für den eigenen Betrieb nicht unbedeutende Vorteile herausschlagen.¹⁴⁾

Dies gilt im besonderem Maße auch für die Berufsgruppe der Advokaten und Notare. Sie waren die eigentlichen "Berufs-politiker" des Liberalismus, wenn man diesen Begriff nicht im strengen Weber'schen Sinne gebraucht - " 'von der Politik' jener lebt, der danach strebt, daraus eine dauernde Einnahmsquelle zu machen",¹⁵⁾ sondern damit meint, daß sie mit ihren politischen Ämtern und Beziehungen, ihre eigene Klientele und die Reputation ihrer Kanzlei vergrößern konnten. Zudem brachte es die Art ihres Berufes mit sich, daß es ihnen leichter als anderen Berufsgruppen möglich war, sich Zeit für ihre politische Tätigkeit zu nehmen. Diese materiellen und gesellschaftlichen Vorteile genügen jedoch nicht, die bedeutende Rolle der Advokaten und Juristen im politischen Leben des Liberalismus zu erklären:

"Der Advokat (lawyer) ist eine der häufigsten Figuren in gesetzgebenden Körperschaften, da juristische Bildung zu einer politischen Karriere zu prädisponieren scheint. Die bedeutende Rolle, die Juristen im öffentlichen Leben innehaben, wird vor allem dadurch erklärt, daß sie viele Eigenschaften besitzen, die Politiker haben müssen: Die Gewohnheit in der Öffentlichkeit zu sprechen, oratorisches Talent, Kenntnis der gesetzlichen Materie, etc. Die Kenntnis der gesetzlichen Techniken ist für jene, die sich in der Politik aktiv betätigen, von großem Vorteil, da jede Aktion in eine legislative Formel umgesetzt wird. Man plädiert in einer legislativen Körperschaft wie vor einem Gerichtshof: Es geht darum, zu überzeugen." 16)

Die durch den "Einbruch der Massen in die Politik" und die schrittweisen Erkämpfung des allgemeinen Wahlrechtes erfolgten politischen Veränderungen bewirkten eine grundlegende Änderung in der Berufsstruktur des Wiener Gemeinderates.

Der Aufstieg der Christlichsozialen und der Sozialdemokratischen Partei war, wie schon erwähnt, eine Folge- und Ursache- der schrittweisen Erkämpfung der politischen Rechte der Bevölkerung, der demokratischen Umgestaltung des österreichischen Staatswesens. Das Geheimnis, das wichtigste Element der Kraft der "neuen" Parteien, ihrer Überlegenheit gegenüber Liberalen und Konservativen lag im direkten Appell an die breiten Volksmassen, sie zu wählen, da sie allein die Parteien des Volkes, der arbeitenden Bevölkerung seien.

"Die Vertretung des arbeitenden Volkes im wahrsten Sinne des Wortes können nur Abgeordnete sein, die in unseren Verhältnissen erwachsen sind, also selber fühlen, was uns schmerzt. Wir müssen aus unseren eigenen Reihen Abgeordnete wählen, denn wir selbst können uns am besten vertreten". 17)

Um den Charakter ihrer Parteiorganisation zu unterstreichen, bemühten sich Christlichsoziale und Sozialdemokratische Partei, den Wählern als Kandidaten "echte Repräsentanten" der arbeitenden Bevölkerung zu präsentieren. In diesem Wettlauf der beiden Parteien um die Gunst der Arbeiter und kleinen Angestellten in Wien bemühte sich die Christlichsoziale Partei, auf ihre Wahllisten für den vierten Wahlkörper Arbeiter zu setzen, um die Angriffe der Sozialdemokraten, eine Partei der Besitzenden zu sein, wirkungsvoll entkräften zu können. Sie warf den Sozialdemokraten vor, keine wirklichen Arbeiter als Kandidaten aufzustellen, sondern "nur Berufspolitiker unterbringen zu wollen, Leute, die die Arbeit schon lange nur noch vom Hörensagen her kennen." 18)

Mit dem Siegeszug des Prinzips der "sozialen Repräsentativität"- Arbeiter sollen durch Arbeiter, Angestellte durch Angestellte, Frauen durch Frauen etc. politisch vertreten werden- wurden die Repräsentanten des Großbürgertums, der Gewerbetreibenden und der Freien Berufe von Arbeitern und Angestellten abgelöst. Besonders deutlich wird diese soziale Umschichtung im Wiener Gemeinderat, wenn man den Anteil der Selbständigen und Unselbständigen im Gemeinderat der Monarchie mit dem Gemeinderat der Republik vergleicht.

T.2.1 Selbständige und Unselbständige im Wiener Gemeinderat 19)

	Unselbständige	Selbständige
1890-1900 (n=615)	14 %	86 %
1900-1918 (n=1250)	27	73
1918-1934 (n=1075)	74	26
1945-1953 (n=200)	74	26
1964-1969 (n=100)	84	16

Wie aus Tabelle 2.1 hervorgeht nimmt der Anteil der Unselbständigen seit der Einführung des 4. Wahlkörpers im Jahre 1900, als die arbeitende Bevölkerung zum ersten Male an der Gemeinderatswahl teilnehmen konnte, ständig zu. Im letzten Kurien Gemeinderat von 1914-1918, in dem die Sozialdemokraten mit 8 Gemeinderäten vertreten waren, obwohl sie in den Reichsratswahlen von

1911 bereits 43 % der Wiener Stimmen gewannen- waren bereits 37 % Unselbständige im Wiener Gemeinderat vertreten. ²⁰⁾

Das Ende der Monarchie und des Kurienwahlrechtes brachte eine Umkehrung des Verhältnisses Selbständige- Unselbständige im Wiener Gemeinderat. Im Provisorischen Gemeinderat von 1918 waren 62 % und im ersten freigewählten Gemeinderat von 1919 69 % des Gemeinderates Unselbständige. Der Anteil der Unselbständigen stieg weiter an und erreichte in der Legislaturperiode 1927-29 80 %.

Ein illustratives Beispiel für die Wachablöse im Wiener Gemeinderat und in der Wiener Politik seit 1900 un insbesondere im Umbruchsjahr 1918/19 liefert die "Verdrängung des Advokatenberufes". ²¹⁾ Wir haben schon auf die bedeutende Rolle der Advokaten und Notare im politischen Leben des Liberalismus hingewiesen und erwähnt, daß im Wiener Gemeinderat und Stadtrat eine große Anzahl von Mandataren aus dieser Berufsklasse vertreten waren. Es war eine Art Gewohnheitsrecht, daß der Bürgermeister ein "Doktor" ²²⁾ war, obwohl es nicht an zeitweiliger Opposition gegen diese Tradition fehlte und z.B. die Wiederwahl von Bürgermeister Felder unter dem Motto "Kein Doktor, sondern ein Bürger" von einer Gruppe der Liberalen bekämpft wurde. ²³⁾ Es bestand "das vom Gemeinderat bisher festgehaltene Prinzip, daß der eine Stellvertreter des Bürgermeisters ein Rechtskundiger, der andere ein bürgerlicher Geschäftsmann sein sollte." ²⁴⁾ Mit der Abnahme der Zahl der Liberalen im Wiener Gemeinderat -1890 waren noch 126 Liberale, 10 Jahre später nur mehr 23 im Plenum- verringerte sich auch der Anteil der Advokaten und Notare beträchtlich. Diese Berufsgruppe hatte 1890-1900 noch 13 % der Wiener Gemeindevertreter gestellt. In den Legislaturperioden 1900-1918 waren es nur mehr 6 % des Gemeinderates.

Daß dieser Rückgang der Advokaten eine Folge des Niedergangs der Liberalen Partei war, zeigt eine Aufgliederung nach Parteien. In den Jahren 1890-1918 waren 19 % der Liberalen gegenüber 4 % in der Christlichsozialen Gemeinderats-Fraktion Advokaten und Notare. In der 1. Republik sank dann der Anteil der freien juristischen Berufe auf weniger als 4 % und auf 3 % respektive 1 % im Gemeinderat nach 1945.²⁵⁾

Eine ähnliche Entwicklung läßt sich im österreichischen Parlament verfolgen. Im Plenum des Reichsrates von 1911 waren noch 13 % Rechtsanwälte und Notare, 1956 waren es nur mehr 6 %. Beim niedrigen Anteil dieser Berufsgruppe in der Christlichsozialen (1 % im Jahre 1911) und in der Sozialdemokratischen Partei (6 % in 1911, 2 % im Jahre 1920) muß die Zahl von Rechtsanwälten in den liberalen Parteien recht hoch gewesen sein.²⁶⁾

In den U.S.A., wo sich liberale Traditionen in Parlamenten und Parteien erhalten haben, stellen Rechtsanwälte und andere Vertreter der freien juristischen Berufe noch immer einen großen Teil der amerikanischen Politiker auf allen Ebenen, in allen Zweigen der Regierung, in den politischen Parteien etc. Von 36 amerikanischen Präsidenten hatten 23 juristische Ausbildung und Berufe, 70 % der amerikanischen Regierungsmitglieder im Zeitraum 1877-1934 und 54 % der Mitglieder des Senats in den Jahren 1947-1957 waren "lawyers".²⁷⁾

In den demokratisch gewählten Wiener Gemeinderäten nach 1918 -wir schließen hier die Periode 1934-1945 aus unserer Betrachtung aus- waren aus den Arbeiterberufen vor allem Metallverarbeitende und Graphische Berufe und auf dem Angestelltensektor die Öffentlichen Berufe, Unterrichtswesen und Gewerkschafts- und Kammerangestellte, die am stärksten vertretenen Berufsgruppen.²⁸⁾

Es wäre interessant, genauere Untersuchungen über Fluktuationen der Anteile der verschiedenen Berufsgruppen in der österreichischen Republik anzustellen. Die Schwierigkeiten, die man überwinden muß, um eine einheitliche und verlässliche Klassifizierung der Gemeinderäte in den verschiedenen Legislaturperioden vornehmen zu können, erlauben uns im Rahmen dieser Arbeit nur die recht summarische Feststellung, daß die Berufsstruktur der Wiener Gemeinderäte vor 1934 und nach 1945 ein überraschend hohes Maß an Kontinuität aufweist.²⁹⁾

Zusammenfassend können wir sagen, daß die Zirkulation parlamentarischer Eliten gerade durch die wechselvollen Schicksale des österreichischen Staates im 20. Jahrhundert ein äußerst fesselndes zeitgeschichtliches und politikwissenschaftliches Untersuchungsmaterial darstellt. Besonders wichtig wäre es, das Ausmaß der durch die sozialen Veränderungen und Regimewechsel vor sich gegangenen personellen Veränderungen nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch die Zirkulation von Führungsgruppen in der Beamtenschaft, Diplomatie, Wirtschaft und Kirche zu untersuchen. Ist es beispielsweise der Fall, daß die österreichische politische Elite beim Zusammenbruch der Donaumonarchie sich in höherem Maße veränderte als etwa in der Beamtenschaft?³⁰⁾ Wenn ja, welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die 1. Republik, die parteipolitische "Lagerbildung" etc? Alle diese Fragen würden detaillierte Untersuchungen verdienen.

Die soziale Repräsentativität des Wiener Gemeinderates

Im vorigen Abschnitt wurde das Prinzip der "sozialen Repräsentativität" oder "Gruppenrepräsentation", wie es in einigen Arbeiten^{30 a)} heißt, als ein wichtiges Unterscheidungsmerkmal von der "neuen" (christlichsozialen und sozialistischen) und "alten" (liberalen) Parteien eingeführt. Die ersteren berücksichtigen in der Auswahl ihrer Kandidaten neben den individuellen Fähigkeiten und Versprechungen ihrer Vertreter auch deren soziale Repräsentativität, ihre Zugehörigkeit zu einer Gruppe, d.h. einer Wählerschicht, die angesprochen und repräsentiert werden soll. Dies kann nun eine bestimmte Berufsgruppe wie die Buchdrucker, Eisenbahner, Gewerbetreibenden wie auch eine größere und weniger spezifizierte Schicht wie die weibliche Wählerschaft, die Jugend, Pensionisten etc. sein.

Dieses Prinzip der sozialen Repräsentativität darf nicht allzuwörtlich aufgefaßt werden. Kein Parlament, keine legislative Körperschaft ist so zusammengesetzt, daß die sozialen Gruppierungen der Wählerschaft sich in der sozialen und beruflichen Zugehörigkeit der Abgeordneten direkt abbildet. Jede politische Führungsschicht ist "selektiv" d.h. die Kandidaten müssen gewisse Fähigkeiten haben, gewissen Kriterien entsprechen, einen Auswahlprozeß durchmachen, Diese Faktoren tragen dazu bei, die politisch Ausgewählten von der Masse ihrer Gefolg- und Wählerschaft abzusondern, sie "unrepräsentativ" zu machen.³¹⁾

Um nicht mißverstanden zu werden, muß betont werden, daß dieses Prinzip der sozialen Repräsentativität von Abgeordneten legislativer Körperschaften hier nur definiert und beschrieben werden soll. Man kann verschiedener Ansicht über die Auswirkungen dieses

Grundsatzes für das parlamentarische Leben wie der Beurteilung verschiedener Grade von sozialer Repräsentativität in parlamentarischen Fraktionen sein. Amerikanische Autoren sind der Meinung, daß "es irreführend sei anzunehmen, eine bestimmte soziale Gruppe müßte durch Vertreter aus ihrer Schicht vertreten sein, um Einfluß und politische Macht auszuüben", daß vielmehr die "unrepräsentative Natur der amerikanischen politischen Führungsschicht sie nicht von der letztgültigen Verantwortlichkeit der Wählerschaft gegenüber befreit."³²⁾

Es ist natürlich offenkundig, daß das Prinzip der sozialen Repräsentativität und die Stufe der Verwirklichung dieses Prinzips im parlamentarischen Leben eines Landes mit dem Klassencharakter des politischen Systems und der Parteien in Zusammenhang stehen. Der überdurchschnittlich hohe Grad an Übereinstimmung der Sozialstruktur der Wiener Gemeinderäte mit der Wiener Wählerschaft ist, wie wir sehen werden, in erster Linie dadurch zu erklären, daß die österreichischen Parteien noch immer in viel höherem Maße als es in anderen europäischen Ländern der Fall ist, Parteien mit ausgesprochenem Klassencharakter sind.³³⁾

Unsere Frage gilt nun also der "sozialen Repräsentativität" der Mandatare des Wiener Gemeinderates. Kommen die Vertreter der beiden großen Parteien, auf die sich die vorliegende Untersuchung konzentriert, die Abgeordneten der SPÖ und ÖVP aus jenen Berufsgruppen und sozialen Schichten, die sie ihrem politischen Programm und ihrer Tradition nach vertreten?

T.2.2 Berufe der Gemeinderäte nach SPÖ und ÖVP

	SPÖ (n=60)	ÖVP (n=35)
1. Arbeiter	5 %	-
1.a) Ungelernte Arbeiter	-	-
2. Privat-Angestellte	20	6 %
2.a) höhere Angestellte	10	11
3. öffentlich-Angestellte	15	14
3.a) Lehrer	13	11
4. polit. Angestellte		
4.a) Partei	7	11
b) Gewerkschaft	12	3
c) Kammern	8	3
5. Freie Berufe	-	9
5.a) Rechtsanwälte	-	3
b) Ärzte	2	-
6. Selbständige	5	26
7. Landwirte	-	3
8. Andere (Hausfrau, Pensionisten etc)	3	-
9. Maturanten, Akademiker	-	-
	100	100

Nach einem Blick auf T.2.2. würde man meinen, daß beide großen Fraktionen des Wiener Gemeinderates ihrer Berufsstruktur nach recht "unrepräsentativ" ³⁴⁾ zusammengesetzt sind, d.h. daß die Mandatäre beider Parteien beruflich nicht Repräsentanten jener Berufsschichten sind, die das Gros ihrer Wähler ausmachen. Dieser erste Blick genügt jedoch nicht. Es muß vielmehr berücksichtigt werden, daß der Beruf, den die Mandatäre zum Zeitpunkt ihres Eintrittes in den Gemeinderat angaben, in vielen Fällen nicht mehr der Beruf ist, den sie ursprünglich erlernt und ausgeübt haben. Mit dem Eintritt in die Politik, der Behauptung und schließlich mit Erfolg und Aufstieg in höhere politische Funktionen verändert und verbessert sich -dies gilt vor allem für Vertreter der Arbeiterparteien- die ursprüngliche gesellschaftliche Startposition, der soziale und berufliche Status. ³⁵⁾ Die Erlangung eines Mandats in einer legislativen Körperschaft im

Gemeinderat, Landtag oder Nationalrat, ist in vielen Fällen die letzte und höchste Station der politischen Karriere. Dies gilt in besonderem Maße für die Abgeordneten der Arbeiterparteien.³⁶⁾ Die politische Karriere eines Arbeiters beginnt in den meisten Fällen damit, daß ihn seine Kollegen zu ihrem Vertrauensmann, ihrem Betriebsrat machen.

"Das kommt eigentlich aus dem Arbeitsprozeß im Betrieb. Wenn es Probleme gibt, können nicht alle reden, man wird Betriebsrat, so geht die Geschichte dann." (Interview-Protokoll).

Einmal auf dieser Ebene, wird es dem ursprünglichen Arbeiter immer schwerer "zurückzukommen". Ist er in Gewerkschaft oder Bezirksparteiorganisation erfolgreich, entschließt er sich oder wird er dazu überredet, ganz auf politische Organisationsarbeit umzusatteln oder wenigstens in einen Beruf, von dem er für die Politik abkömmlich ist, der besser mit politischer Tätigkeit vereinbar ist, überzuwechseln. Er verläßt somit den Betrieb und wird Angestellter.

"Ich bin immer noch hier im Betrieb, das dürfte bei einem Gemeinderat ja selten sein. Ich bin hier im Betrieb beschäftigt seit 1947, im Betriebsrat seit 1951, seit 1953 Betriebsratobmann.." (I.P.)

Dieses Zitat illustriert, daß nur wenige, die höhere politische Würden wie etwa einen Sitz im Wiener Gemeinderat erlangen, an ihrem ehemaligen Arbeitsplatz zu verbleiben in der Lage sind. Noch seltener und ungewöhnlicher ist es, daß Mandatäre legislativer Körperschaften ungeachtet ihres politischen Aufstieges weiterhin einfache Arbeiter bleiben.

"Ich war Hilfsarbeiter, eine sehr schwere Arbeit. Es ist paradox, als ich jünger war, habe ich leichtere Arbeit gehabt als später als Betriebsrat...Der Betriebsobmann kam zu mir und sagte: Ich verlange von Dir die schwerste Arbeit und auch zusätzliche, das verlange ich von einem Betriebsrat...." (I.P.)

T.2.3. Erlernte Berufe der SPÖ-Gemeinderäte (n = 58)

1.	53 %
1.a)	3
2.	19
2.a)	2
3.	3
3.a)	9
4.a)	-
b)	-
c)	-
5.b)	2
6.	3
7.	-
8.	-
9.	6
	<hr/>
	100

Ein Vergleich mit T.2.2. zeigt den beruflichen und sozialen Aufstieg der sozialistischen Gemeinderäte. Mehr als die Hälfte kommen aus der Arbeiterklasse. lernten manuelle Berufe, arbeiteten als Schlosser, Buchdrucker und Mechaniker. Sie kamen jedoch eindeutig aus "mobileren" Arbeiter-Berufen wie beispielsweise den Graphischen Berufen, der Metallverarbeitung usw. Nur 2 der 31 ehemaligen Arbeiter hatten als ungelernte Arbeiter begonnen.

T.2.4. Berufliche Veränderungen der ursprünglichen Arbeiter
in der SPÖ-Fraktion. (n = 31)

1.	10 %	
2.	16	
2.b)	6	
3.	19	
3.a)	3	
4.a)	10)	43 %
b)	23)	
c)	10)	
5.	-	
6.	3	
7.	-	
8.	-	
9.	-	
	<hr/> 100	

T.2.4. zeigt uns, in welche Angestelltenberufe die ehemaligen Arbeiter aufstiegen. Sie wurden Privatangestellte, Beamte und vor allem Angestellte politischer Körperschaften, der Parteiorganisationen, Gewerkschaften und Kammern.

Untersuchen wir nun neben dem ursprünglich erlernten Beruf auch die berufliche und soziale Position der Väter der sozialistischen Gemeinderäte, so erwist sich auch hier, daß über die Hälfte der sozialistischen Mandatäre aus einer Arbeiterfamilie stammen.³⁷⁾

T.2.6. Berufe der Väter der SPÖ-Gemeinderäte (n=58)

1.	53 %	7.	-
1.a)	-	8.	-
2.	13	9.	<hr/> 2
2.a)	2		100
3.	9		
3.a)	3		
4.	2		
4.a)	-		
b)	2		
c)	-		
5.	2		
6.	12		

Da die Daten über die Berufe der Väter der Mandatare im Wiener Gemeinderat nicht nach erlernten und ausgeübten Berufen unterschieden werden konnten, ist es hier nicht genauer zu untersuchen, ob die Wiener Gemeinderäte aus "mobilen Familien" kommen. Da eine große Zahl der Väter der SPÖ-Mandatare politisch aktiv war (hierüber wird ausführlich in Kapitel 3 gesprochen), könnte man annehmen, daß auch sie bereits von jenem Prozeß des sozialen Aufstiegs, den Arbeiter in der Politik erfahren, erfaßt worden sind. Einige Antworten auf die Frage nach dem Beruf des Vaters machen eine solche Erklärung glaubhaft.

"Eigentlich Bäcker. Doch später in Journalistik und Politik." (I.P.)

"Metallgießer, zuletzt Gußmeister, Angestellter". (I.P.)

Im zweiten Fall ist im betreffenden Interview-Protokoll besonders betont, daß der Vater politisch in der Parteiorganisation tätig war.

"Ich komme aus einer alten sozialistischen Familie. Mein Vater war jahrzehntelang Betriebsrat und politischer Funktionär..." (I.P.)

Weiters ist interessant, ob sich die jüngeren sozialistischen Gemeinderäte hinsichtlich der sozialen Repräsentativität von den älteren Mandataren ihrer Fraktion unterscheiden. Man könnte annehmen, daß mit dem Aufstieg der Sozialistischen Partei in Österreich der Anteil von Sozialisten "alten Stils", d.h. von Funktionären, die aus Arbeiterfamilien und Arbeiterberufen kommen, im Rückgang begriffen ist.

Tatsächlich stellt sich bei einer Aufgliederung der SPÖ-Gemeinderäte nach Alter heraus, daß die "Klassenbasis" der jüngeren SPÖ-Mandatäre im Wiener Gemeinderat ziemlich unverändert ist. 42 % der sozialistischen Gemeinderäte unter 50 Jahren haben einen manuellen Beruf erlernt und 47 % der Jungen kommen aus einer Arbeiterfamilie. ³⁸⁾

Untersucht man die Berufsstruktur der Mandatäre der Volkspartei und teilt man die Gesamtfraktion in AAB- und WBsmitglieder so dominieren in der AAB-Abordnung im Wiener Gemeinderat annähernd dieselben Berufe, die in der SPÖ-Fraktion vertreten sind.

T.2.6. Ausgeübte Berufe der ÖVP-Mandatäre nach AAB und WB (n=35)

	AAB (n=20)	WB (n=15)
1.	-	-
2.	10 %	-
2.a)	15	-
3.	25	7 %
3.a)	20	-
4.a)	20	-
b)	5	-
c)	5	-
5.	-	20
5.a)	-	6
6.	-	60
7.	-	7
8.	-	-
9.	-	-
	<hr/> 100	<hr/> 100

Auch hier sind fast ein Drittel der Mandatäre Angestellte von Partei, Kammern und Gewerkschaft. ³⁹⁾ Die Gewichte sind nur etwas anders verteilt, in der SPÖ sind mehr Gewerkschafts- als Partei-

angestellte, im AAB ist dieses Verhältnis umgekehrt. Weiterhin sind ebenso Privatangestellte, Beamte und Lehrer relativ stark vertreten. Zieht man jedoch den ursprünglich erlernten Beruf und den des Vaters zum Vergleich heran, treten die Unterschiede zwischen AAB- und SPÖ-Gemeinderäten klar hervor.

I.2.7. Erlernter Beruf und Beruf des Vaters der AAB-Vertreter.

	erlernter Beruf	Beruf des Vaters
1.	10 %	15 %
2.	20	15
2.a)	-	-
3.	10	25
3.a)	15	15
4.a)	-	-
b)	-	-
c)	-	-
5.	7	5
5.a)	-	-
6.	5	10
7.	-	10
8.	5	5
9.	<u>35</u>	<u>-</u>
	100	100

Nur 10 % der AAB-Mandatare gegenüber 53 % der SPÖ-Vertreter haben ursprünglich einen manuellen Beruf erlernt und ausgeübt. Die meisten begannen ihre Berufslaufbahn als Angestellte oder Beamte. Über ein Drittel der AAB-Mandatare gaben als erlernten Beruf eine abgeschlossene Mittel- oder Hochschulausbildung an, bereitete sich so auf dem Wege der höheren Erziehung auf zukünftige berufliche und politische Positionen vor.⁴⁰⁾ Ihre Väter sind zu einem weit geringeren Prozentsatz als in der SPÖ-Fraktion Arbeiter, gehören vielmehr zum Großteil dem Mittelstand an, sind Beamte, Angestellte und Lehrer.

T.2.8. Erlernte Berufe und Berufe der Väter der WB-Mandatare

	erlerner Beruf	Beruf des Vaters
1.	-	7 %
2.	7 %	7
2.a)	-	-
3.	-	13
3.a)	7	-
4.a)	-	-
b)	-	-
c)	-	-
5.	13	7
5.a)	6	6
6.	53	53
7.	7	7
8.	-	-
9.	<u>7</u>	<u>-</u>
	100	100

Tabelle 2.6. und 2.8. zeigen, daß die WB-Mandatare wie erwartet zum überwiegenden Teil Gewerbetreibende und Vertreter der Freien Berufe sind. Im Gegensatz zur SPÖ und der AAB-Gruppe im Wiener Gemeinderat läßt sich hier die berufliche Mobilität der Mandatare nicht aus einem tabellarischen Vergleich zwischen erlernten, ausgeübten und den Berufen der Väter ablesen.

Ein nicht unbedeutender Teil der Gewerbetreibenden ist seinem erlernten Beruf sein ganzes Leben treu geblieben, einige haben

"Ich habe den Betrieb von meinem Vater übernommen".(I.P.)

den Familienbetrieb übernommen und weitergeführt. Sie sind in den meisten Fällen bereits in eine recht günstige gesellschaft-

und berufliche Position hineingeboren worden. Ihr sozialer Aufstieg besteht somit darin, daß sie zusätzlich zum väterlichen Erbe eine Funktion in der Wirtschaftskammer und anderen Berufs- und Interessensverbänden erwerben konnten.

"Der Vater hat auch irgendeine Funktion in der Christlichsozialen Partei innegehabt, ich weiss aber nicht mehr welche. Auf jeden Fall nur eine kleinere." (I.P.)

Die Unterschiede von Söhnen und Vätern liegen für die WB-Mandatare in der Hauptsache im politischen Bereich.

Zusammenfassend können wir somit sagen, daß eine Untersuchung der Berufsstruktur der Mandatare beider Großparteien, verglichen mit anderen europäischen und nordamerikanischen legislativen Körperschaften, einen hohen Grad von sozialer Repräsentativität zeigt. Vor allem die Mandatare der SPÖ und des ÖAAB rekrutieren sich aus den sozialen Schichten und Berufsgruppen ihrer Stammwähler.

In den meisten bisherigen Studien über die Repräsentativität von parlamentarischen Eliten hat man sich allzusehr auf besonders augenfällige Widersprüche und Probleme beschränkt und zu wenig darauf geachtet, daß man bei Aussagen über die soziale Zugehörigkeit von Abgeordneten nicht nur den knapp vor dem Mandat ausgeübten Beruf, sondern auch den früher ausgeübten und erlernten Beruf berücksichtigen muß.⁴¹⁾ So wird über der Tatsache des sozialen Aufstieges von Politikern aus Arbeiterparteien -oft als embourgeoisment oder Verbürgerlichung bezeichnet- vielfach vergessen, darauf hinzuweisen oder zu untersuchen, daß/ob die Kandidaten von Arbeiterparteien aus Arbeiterberufen- und-familien kommen und daß/ob diese Veränderung des sozialen Status von

politischen Repräsentanten aus der Arbeiterklasse nicht eine unabdingbare Konsequenz ihrer politischen Karriere ist.⁴²⁾ Jedenfalls sollte man, bevor man darangeht, die Folgen dieses sozialen Statuswechsels von Arbeiterpolitikern für das parlamentarische Leben, die Parteidemokratie etc. zu erörtern, sich zuerst bemühen an Hand von empirischem Material sich die verschiedenen Stationen, den Gesamtprozeß wie die Regelmäßigkeiten der politischen Laufbahn zu rekonstruieren.

Der Stand der Berufspolitiker im Wiener Gemeinderat

Ähnlich wie in der Diskussion der sozialen Herkunft von Abgeordneten wird auch das Problem des Berufspolitikerstandes meist viel zu simplifiziert dargestellt.⁴³⁾ Man macht sich wenig Gedanken darüber, ob es überhaupt möglich wäre, die Organisationsarbeit in Parteien, die parlamentarische Arbeit ohne eine Berufs-klasse von erfahrenen politischen Spezialisten aufrechtzuerhalten. Es wird vielfach vergessen darauf hinzuweisen, welche historische Situation zur Bildung eines solchen professionellen politischen Korps führte. Die Erkämpfung der demokratischen Grundlagen, des allgemeinen Wahlrechts, die "Mobilisierung" der Massen" stellte die "neuen" Parteien vor äußerst schwierig zu lösende organisatorische Probleme. Um die gesetzlich emanzipierten Massen politisch zu führen und zu erziehen, war es notwendig, eine gut geschulte Schicht von politischen Vertrauensmännern und Funktionären zu schaffen. Hier boten sich für die Massenparteien vor allem jene Arbeiter und kleine Angestellten an, die sich in der Partei bereits in verantwortungsvollen politischen

Aufgaben bewährt hatten und die ihre politische Aktivität nicht länger mit ihrem ursprünglichen Beruf vereinbaren konnten und wollten. Wie bereits festgestellt wurde, stellen diese Gruppen das Gros der eigentlichen Berufspolitiker.

Neben diesen "politischen Angestellten" -die fast ein Drittel der SPÖ-Fraktion und der AAB-Vertreter im Wiener Gemeinderat ausmachen- gibt es eine zweite Kategorie von Berufspolitikern, die zwar die Politik nicht völlig zu ihrem Beruf gemacht haben, jedoch ganz "für die Politik" leben, leben müssen, da ihr politisches Mandat ihre ganze Zeit und Arbeitskraft in Anspruch nimmt.

Die Komplexität und Vielfältigkeit der Probleme der modernen Gesellschaft, die wachsende Einflußnahme und Verantwortlichkeit des Staates bei der Lösung von sozialen, ökonomischen gesellschaftlichen Problemen betreffend, hat neue Formen der "Verwaltung der Politik" notwendig gemacht. Die politischen Funktionäre, die in ersten Stellen des Staates, der Regierung, des Parlaments, der Spitzengremien der Parteien tätig sind, haben ein gewaltiges

Arbeitspensum zu leisten. Den Inhabern der wichtigsten politischen Funktionen ist es einfach nicht mehr möglich, ihrem Zivilberuf weiter nachzugehen. Politische Spitzenfunktionäre müssen sich in ihrem Beruf für die Zeit ihrer aktiven politischen Tätigkeit freistellen oder vertreten lassen. Dies gilt vor allem für die höchsten politischen Stellen, für die Mitglieder der Regierung, die Abgeordneten zum Nationalrat, die "heute alle im Hinblick auf ihre Tätigkeit 'Berufspolitiker' sind."⁴⁴⁾ Im Wiener Gemeinderat ist -wie in den Landtagen, Gemeinderäten der größeren Städte und anderen legislativen Körperschaften der "zweiten Ebene" -die zeitliche Beanspruchung der

Mandatare durch Ausschubarbeit, Plenumsitzungen etc. geringer als im Parlament. Daher wird auch der Anteil von "Berufspolitikern" d.h. Mandataren, die von ihren politischen Funktionen soⁱⁿ Anspruchgenommen werden, daß sie ihrem Beruf nicht weiter nachgehen können, relativ niedriger sein.

T.2.9. Gemeinderatsmandat als Hauptberuf

	SPÖ (n=58)	ÖVP (n=35)
Gemeinderatsmandat Hauptberuf	41 %	9 %
Gemeinderatsmandat Nebenberuf	<u>59</u> 100	<u>91</u> 100

Die T.2.9 zeigt, daß im Gemeinderat weniger als die Hälfte der Mandatare hauptberuflich Politiker und Gemeinderäte sind. Weiters fallen die beträchtliche Unterschiede zwischen den beiden Parteien auf. Fast die Hälfte der SPÖ-Vertreter übt neben dem Mandat im Gemeinderat keinen Beruf aus, in der ÖVP ist dies hingegen nur knapp ein Zehntel. Zur Erklärung dieser Unterschiede muß man zuerst berücksichtigen, daß die SPÖ eine größere Zahl von Stadträten stellt.

"Amtsführender Stadtrat. Das ist auch ein Beruf." (I.P.)

Diese Antwort illustriert, daß die Leitung eines Ressorts im Wiener Rathaus sehr wohl ein ausfüllender Beruf ist und somit den Stadtrat nötigt, "Berufspolitiker" zu sein. Es ist kein

Wunder, daß der eine oder andere Stadtvater über die Beanspruchung, die sein Amt mit sich bringt, stöhnt und erklärt:

"Was die Stadtratfunktion angeht, war mir der Grad der Schwierigkeiten nicht bewußt. Wenn ich darum in vollem Ausmaß gewußt hätte, wäre ich nie auf diesen Platz gekommen." (I.P.)

Der Hauptgrund für diese Unterschiede zwischen SPÖ- und ÖVP-Mandataren ist jedoch, daß die Mandatäre neben dem Gemeinderatsmandat noch andere politische Bereiche zu betreuen haben.⁴⁵⁾

Die meisten SPÖ-Gemeinderäte haben zusätzlich zur Funktion im Wiener Gemeinderat noch die verschiedensten Aufgaben in der Bezirks- und Stadtparteiorganisation zu leisten.

"Die Bevölkerung weiß nicht, daß neben der Gemeinderatstätigkeit auch die politische Arbeit läuft, eng verbunden damit, absolut verknüpft. Es ist nicht nur alle 14 Tage Sitzung im Gemeinderat, 4 Tage der Woche verbringe ich von 7 - 1/2 10 Uhr oder länger in der Partei." (I.P.)

Auch für die Mandatäre der ÖVP ist ihre Tätigkeit im Wiener Gemeinderat nur ein Teil ihrer politischen Funktion. Doch werden sie von der politischen Arbeit in den Bezirksparteiorganisationen weniger in Anspruch genommen als ihre SPÖ-Kollegen. Der Schwerpunkt ihrer politischen Tätigkeit liegt in den Berufsvertretungen, der Wirtschafts- und Handelskammer, auf einem Gebiet, in dem vor allem die WB-Mandatäre kraft ihres Berufes, ihres Gewerbes vertreten sind. So ist es nur natürlich, daß sie ihren Beruf, ihr Gewerbe, die wie in Kapitel 3 näher ausgeführt wird, die ihre eigentliche politische Basis darstellen, weiter ausüben. Für die meisten der im Wiener

Gemeinderat vertretenen Wirtschaftstreibenden wäre die Aufgabe der Leitung ihres Betriebes schon aus finanziellen Gründen kaum möglich.

"Ich will meinen Beruf nicht aufgeben. Das kann ich mir nicht leisten. Mein Büro geht gut und würde ich das für einige Zeit aufgeben, hätten sich die Kunden längst verlaufen. Und da ich alles intensiv tun will, bleibt mir die Wahl zwischen Beruf und Politik nicht. Ich bleibe in meinem Büro." (I.P.)

Für viele SPÖ-Mandatäre ist der Abschied von ihrem Beruf materiell und psychologisch kein so großes Opfer wie für die meisten ÖVP-Gemeinderäte. In vielen Fällen haben sie gerade wegen ihrer politischen Tätigkeit einen Beruf oder Dienstgeber gesucht, die es ihnen möglich machen, politisch aktiv zu sein.

"Die Gemeinde Wien hat mich von der dienstlichen Verwendung freigestellt. Ich kann meine Arbeitszeit voll und ganz für meine Aufgaben als Gemeinderat verwenden." (I.P.)

Die sozialistischen Vertreter identifizieren sich -wie in Kapitel 5 ausgeführt wird- in stärkerem Maße mit der Regierung und Administration des "sozialistischen Wien". Sie betrachten außerdem ihren Einzug im Wiener Gemeinderat in vielen Fällen als Abschluß und Krönung ihres langen, in jungen Jahren begonnenen politischen Kampfes, ihrer Lebenslaufbahn.

"Ich betrachte das Mandat als eine hohe Auszeichnung. Auch mit einem Millionenposten könnte mir das Mandat nicht abgekauft werden. Es ist für mich eine Genugtuung für ein Leben, das sehr mühselig war." (I.P.)

Man kann so mit einigem Rechte annehmen, daß die Bereitschaft sich von ihrem früheren Beruf zurückzuziehen und in erster und ausschließlicher Linie Gemeinderat der Stadt Wien zu sein, von dieser hohen Auffassung und Wertschätzung des Mandats beeinflußt ist.

Die Schulbildung der Wiener Gemeinderäte

Neben der sozialen Herkunft (Beruf des Vaters) und dem erlernten und ausgeübten Beruf ist weiterhin der Grad der Schulbildung ein wichtiger Indikator für den sozialen Status. Zahlreiche Untersuchungen über den Bildungsstand europäischer Eliten haben ergeben, daß in diesem Punkte große Unterschiede zwischen Repräsentanten von bürgerlichem und von Arbeiterparteien zu beobachten sind.⁴⁶⁾ Die Tatsache, daß die politischen Führer und Parlamentarier bürgerlicher Parteien meist eine bessere Erziehung genießen können, erklärt nach einigen Autoren die Tatsache, daß diese Parteien jüngere Führer nominieren als die proletarischen Parteien. Den Rückstand an formaler Schulbildung hätten die politischen Vertreter der Arbeiterschaft durch eine längere Schulung und Trainingszeit in der politischen Organisation aufzuholen.⁴⁷⁾

Wie im österreichischen Nationalrat, wo 35 % der ÖVP-Fraktion gegenüber 11 % der SPÖ-Fraktion Akademiker sind,⁴⁸⁾ sind auch im Wiener Gemeinderat die ÖVP-Akademiker in der Überzahl.

T.2.10. Schulbildung der Wiener Gemeinderäte nach SPÖ und ÖVP

	SPÖ (n=58)	ÖVP (n=35)
Hauptschule	70 %	35 %
Mittelschule	21	14
Hochschule	$\frac{9}{100}$	$\frac{51}{100}$

Daß der Prozentsatz von Akademikern in der ÖVP-Fraktion des Wiener Gemeinderates -zwischen AAB- und WB-Vertretern gibt es hier keine Unterschiede- größer ist als der Akademikeranteil der Parlamentsfraktion der ÖVP, ist unter anderem auf das Nichtvertretensein des Bauernbundes in Wien zurückzuführen. Untersucht man die Schulbildung der SPÖ-Vertreter in Hinsicht auf das Alter, so zeigt sich, daß unter den Jungen der Prozentsatz von Mittelschulabsolventen beträchtlich angewachsen ist, sich aber der Akademikeranteil nur unwesentlich erhöht hat.

T.2.11. Schulbildung der SPÖ-Gemeinderäte über und unter 50

	unter 50 (n=19)	über 50 (n=39)
Hauptschule	47 %	82 %
Mittelschule	42	8
Hochschule	$\frac{11}{100}$	$\frac{10}{100}$

Ein Vergleich der Schulbildung der ÖVP-Gemeinderäte nach Alter ergibt keine Unterschiede.

Diese Angaben über die formale Schulbildung geben jedoch nur unvollständigen Aufschluß über den eigentlichen Bildungsstand, da die auf anderen Bildungswegen erworbene Erziehung hier nicht berücksichtigt wird. 52 % der sozialistischen und 31 % der ÖVP-Mandatare gaben verschiedene Formen der Weiterbildung an. Die größere Zahl der SPÖ-Vertreter erklärt sich vor allem daraus, daß in der Frühzeit der Arbeiterbewegung die Pforten der höheren, der "bürgerlichen" Erziehung den Arbeitern verschlossen waren. Bildungsvereine, Volkshochschulen, kulturelle Vereinigungen verschiedenster Art mußten ins Leben gerufen werden, um die geistige Emanzipation des Proletariats voranzutreiben.⁴⁹⁾

"Volksschule, Bürgerschule, Lehrkurs -in der Krisenzeit konnte man ja nur auf die Gasse gehen oder wieder in die Schule, Berufsschule, abends Volksschule." (I.P.)

Selbst die Tage der Arbeitslosigkeit waren nicht unnütz vertan.

"Was der Acht-Studenten tag für diese Arbeiterstudenten bedeutete, vermochten selbst die gelehrtesten und wohlwollendsten Professoren der Nationalökonomie nicht zu fassen. Mancher Arbeiter, den Zeitmangel jahrelang gezwungen hatte, vor dem Tor des Wissens immer wieder umzukehren, empfand die Arbeitslosigkeit, wenn sie ihn zum erstenmal traf, beinahe als 'einen Segen'". (I.P.) 50)

Neben diesen allgemeinen Bildungsbestrebungen benötigte der ausgedehnte Parteiapparat der Sozialdemokratischen Partei eine große Zahl von politisch erfahrenen und geschulten Mitarbeitern und Vertrauensmännern. Lehrgänge und Schulungen wurden für Gewerkschafter, Funktionäre von Jugend- und Frauenorganisationen eingerichtet. Der talentierteste Nachwuchs besuchte die Elite-

schulen, die Partei-Gewerkschaftsschulen und die sogenannte Arbeiterhochschule.

"Volkshochschule, Bürgerschule, Gewerbeschule, 2 Jahre Handelsschule. Eines war für meine Entwicklung sehr wichtig; die Arbeiterhochschule, ein halbjähriges Internat. Dort brachte man mir nicht nur parteiinterne Dinge bei, sondern auch Volkswirtschaft und Geschichte..." (I.P.)

So kommt es nicht unerwartet, daß vor allem die älteren Jahrgänge der SPÖ-Fraktion sich durch einen außerordentlich hohen Grad von außerschulischer Bildungsmobilität auszeichnen. 59 % der sozialistischen Mandatäre über 50 Jahre ergänzten ihre Schulbildung durch Kurse und Lehrgänge verschiedenster Art. In der jüngeren SPÖ-Generation sind es nur mehr 36 %. In der ÖVP, in der weniger Notwendigkeit besteht, sich die Grundlagen höherer Erziehung aus anderen, außerschulischen Quellen zu erarbeiten, sind diese Formen der Weiterbildung meist beruflicher und allgemeinbildender Art. Politische Kurse, Schulungslehrgänge in der ÖVP nahestehenden Bildungsorganisationen wie der katholischen Sozialakademie u. a. wurden von den ÖVP-Mandatären nicht angeführt.

Die Alterstruktur der SPÖ- und ÖVP-Fraktion des Wiener Gemeinderates

Die Altersstruktur von parlamentarischen Fraktionen ist in einer Reihe von Arbeiten über europäische Parlamente untersucht worden.⁵¹⁾ Die Altersstruktur von Fraktionen kann sowohl Aufschluß geben über den gegenwärtigen politischen Prozeß -es sei nur an die Auswirkungen der "Jugendlichkeit" einer parlamentarischen Partei wie ihrer politischen Führer auf den Stil und die Effizienz der politischen Arbeit erinnert- wie über

die Mechanismen der Kandidatur, der politischen Karriere vor dem legislativen Mandat.

Besonders ergiebig ist es zu untersuchen, ob das Alter von Fraktionen und die hier auftretenden Unterschiede von Parteifraktionen durch gewisse Gesetzmäßigkeiten und Eigenheiten der Parteiorganisationsstruktur, der Länge der Karriere, der Auswahl der Kandidaten etc. bedingt sein können. Wiederholte Male hat man auf den Altersunterschied zwischen bürgerlichen und proletarischen Parteien aufmerksam gemacht und versucht, die "relative Überalterung" der parlamentarischen Fraktionen von Arbeiterparteien durch verschiedene Faktoren zu erklären.⁵²⁾

T.2.12. Alterszusammensetzung der SPÖ und ÖVP

	SPÖ (n=58)	ÖVP (n=35)
30 - 39 Jahre	10 %	14 %
40 - 49 "	23	40
50 - 59 "	40	37
über 60 "	<u>27</u>	<u>9</u>
	100	100

Im Wiener Gemeinderat waren somit bei Beginn der neuen Legislaturperiode im Herbst 1964 67 % der sozialistischen Mandatäre und 46 % der ÖVP-Gemeinderäte über 50 Jahre. Während die Alterszusammensetzung der ÖVP-Fraktion der der Wiener Gesamtbevölkerung ungefähr entspricht - 1961 waren 43 % der Wiener über 50⁵³⁾ - sind in der sozialistischen Fraktion die älteren Jahrgänge "überrepräsentiert".

Berechnet man das Durchschnittsalter, so ergibt sich für den gesamten Wiener Gemeinderat ein Wert von 49 Jahren, die SPÖ-Fraktion ist durchschnittlich 51 Jahre und die ÖVP-Fraktion

44 Jahre alt.

Diese Unterschiede im Altersaufbau der beiden Fraktionen sind keine zufällige, auf die Legislaturperiode 1964-69 beschränkte Erscheinung. Die Alterszusammensetzung der Fraktion seit 1945 zeigt, daß die ÖVP durchgehend die "jüngere Partei" ist.

T.2.13. Altersaufbau der SPÖ und ÖVP Fraktionen seit 1945

		30-39 J.	40-49J.	50-59 J.	über 60 J.
1945	SPÖ (n=58)	7 %	47 %	33 %	14 %
	ÖVP (n=36)	17	42	30	11
1949	SPÖ (n=52)	9	34	40	17
	ÖVP (n=35)	17	44	28	11
1954	SPÖ (n=59)	3	31	52	14
	ÖVP (n=35)	18	32	32	18
1959	SPÖ (n=60)	3	32	42	23
	ÖVP (n=33)	12	33	40	15
1964	SPÖ (n=60)	10	23	40	27
	ÖVP (n=35)	14	40	37	9

Noch deutlicher werden die Unterschiede, faßt man die vier Alterskategorien zusammen.

T.2.14. Gemeinderäte über 50 in der SPÖ- und ÖVP-Fraktion seit 1945

	SPÖ-Gemeinderäte über 50 Jahre	ÖVP-Gemeinderäte über 50 Jahre
1945	47 % (n=58)	41 % (n=36)
1949	57 (52)	39 (35)
1954	66 (59)	50 (35)
1959	65 (60)	55 (33)
1964	67 (60)	46 (35)

Der Anteil der über Fünfzigjährigen lag so in der SPÖ-Fraktion nur ein einziges Mal unter 50 %, nämlich im Jahre 1945, als sich er Gemeinderat neu konstituierte. In den folgenden Legislaturperioden alterte die sozialistische Fraktion zunehmend, 65 % sind eine Art Sättigungspunkt in diesem Prozeß. Es kommt nicht überraschend, daß beide großen Fraktionen im Wiener Gemeinderat 1945 das niedrigste Durchschnittsalter aufwiesen. Nach jahrelanger Illegalität und Verfolgung, dem Blut-zoll des Weltkriegs wurde praktisch über Nacht eine neue Organi-sationsstruktur geschaffen. In aller Schnelle mußten geeignete Vertreter für die verschiedenen gesetzgebenden Körperschaften und die Parteiorganisation gefunden werden.⁵⁴⁾

"1945 wurden viele aufgestellt, es hielten sich nicht alle. Damals war die Frage, ob man von früher bekannt war, nämlich im Bezirk, dann ob man da war -zu drei Viertel war das Zufall." (I.P.)

Nach den ersten Jahren des Aufbaus und der Konsolidierung verlor sich dieses Element des Überraschenden, des schnellen Aufstiegs in Spitzenpositionen. Die neuen Männer bewährten sich und ergrauten in Ausübung ihrer politischen Mandate. Die Organisationsstruktur festigte sich. Das gilt vor allem für die SPÖ, in der sich relativ bald die den Arbeiterparteien eigentümliche Karrieresequenz, das Erprobt-Werden und Hinauf-dienen von den unteren Gremien der Partei ausgehende, bildete. Eine ähnliche Entwicklung ist in der 1. Republik nachweisbar. In der sozialistischen Fraktion vom Jahre 1920 waren 66 % der Gemeinderäte unter 50, zwölf Jahre später, im Jahre 1932, nach dem ersten Jahrzehnt sozialistischer Gemeindeverwaltung waren schon 60 % der sozialistischen Mandatäre über 50 Jahre alt.

In der Christlichsozialen Partei hingegen veränderte sich das Verhältnis Alt und Jung in dieser Periode eher zu Gunsten der letzteren Gruppe. 55)

T.2.15. Altersaufbau der SDP und CSP im Wiener Gemeinderat 1920 und 1932

	SDP		CSP	
	1920 (m=100)	1932 (n=66)	1920 (n=50)	1932 (n=19)
30-39 Jahre	16 %	11 %	18 %	21 %
40-49 "	50	29	32	42
50-59 "	28	49	36	37
über 60 J.	<u>6</u>	<u>11</u>	<u>14</u>	<u>-</u>
	100	100	100	100

Eine ähnliche Tendenz, der größeren Überalterung der SPÖ-Fraktion kann auch im österreichischen Nationalrat beobachtet werden.

T.2.16. Altersaufbau des Nationalrates nach SPÖ- und ÖVP-Fraktionen seit 1945.

	SPÖ-Abgeordnete über 50 Jahre	ÖVP-Abgeordnete über 50 Jahre
1945	46 %	42 %
1949	58	53
1953	68	54
1956	70	59
1959	66	67
1962	64	59
1966	51	56 56)

Doch ist hier nicht nur der Abstand zwischen den beiden Parteien beträchtlich geringer, in zwei Legislaturperioden war die SPÖ-Fraktion jünger als die ÖVP-Fraktion (1959, 1966). Die durchschnittliche Differenz im Wiener Gemeinderat beträgt 14,2 %, im Nationalrat nur 4,6 %. Während in der SPÖ-Fraktion im Nationalrat seit 1945 und im Wiener Gemeinderat der durch-

schnittliche Anteil der "Jungen" und der "Alten" ungefähr gleich ist (60 % über 50 Jahre im Gemeinderat gegenüber 62 % der Nationalrats-Fraktion), ist der ÖVP-Gemeinderat im Durchschnitt um einiges jünger als der "typische" ÖVP-Abgeordnete zum Nationalrat (46 % im Gemeinderat gegenüber 56 % im Nationalrat über 50 Jahre). 57)

Wir wollen nun weiter fragen, ob die im Vergleich zur ÖVP relativ starke Überalterung der SPÖ-Fraktion im Wiener Gemeinderat spezifisch für die Wiener Sozialistische Partei ist, indem wir die Alterszusammensetzung des Grazer Gemeinderates heranziehen.

58)

T.2.17. Altersaufbau des Grazer Gemeinderates nach SPÖ und ÖVP

	SPÖ-Gemeinderäte über 50 Jahre	ÖVP-Gemeinderäte über 50 Jahre
1949	54 % (n=22)	56 % (n=16)
1954	52 (21)	44 (n=16)
1959	44 (23)	67 (18)
1963	52 (23)	41 (17)

Im Grazer Gemeinderat ist nicht nur in 2 Legislaturperioden die sozialistische Fraktion durchschnittlich jünger als die ÖVP, es sind auch größere Schwankungen und Veränderungen beobachtbar, sodaß man nicht von einem klaren und ständigen Altersunterschied zwischen SPÖ und ÖVP-Mandatäre sprechen kann. Wenn unsere Annahme zutrifft, daß der Hauptgrund für die relative Überalterung der SPÖ-Fraktion im Wiener Gemeinderat die Dauer der Karriere ist, die Lehr- und Prüfungszeit, die die SPÖ-Gemeinderäte auf den verschiedenen Stufen der Parteiorganisation zu absolvieren haben, dürfen wir nicht allein die gegenwärtige Alterszusammensetzung der Fraktion zur Überprüfung dieser Hypothese heranziehen, sondern müssen untersuchen, ob die SPÖ-Mandatäre schon zum Zeitpunkt ihres Amts-

antrittes älter gewesen sind als ihre Kollegen in der ÖVP.

T.2.18. Alter der "Neulinge" im Wiener Gemeinderat 1954,1959

1964

	SPÖ			ÖVP		
	1954 (n=19)	1959 (n=19)	1964 (n=14)	1954 (n=15)	1959 (n=13)	1964 (n=12)
30-39 J.	5 %	5 %	8 %	41 %	16 %	33 %
40-49 J.	58	47	67	33	38	42
über 50 J.	<u>37</u>	<u>48</u>	<u>25</u>	<u>26</u>	<u>46</u>	<u>25</u>
	100	100	100	100	100	100

Tatsächlich ist der Anteil der Mandatäre, die in den Gemeinderat einziehen, bevor sie das vierzigste Lebensjahr erreichten, in der ÖVP bedeutend größer als in der SPÖ.⁵⁹⁾ Berechnen wir den Durchschnitt von 1954, 1959 und 1964, stellt sich heraus,

T.2.19. Neulinge im Wiener Gemeinderat 1954, 1959, 1964

(Durchschnitt)

	SPÖ-Neulinge 1954,1959,1964 (n=52)	ÖVP-Neulinge 1954,1959,1964 (n=40)
- 39 Jahre	6 %	30 %
40-49 "	57	38
über 50 J.	<u>37</u>	<u>32</u>
	100	100

daß ein deutlicher Unterschied zwischen SPÖ und ÖVP vor allem in der ersten und zweiten Altersgruppe herrscht.

Es ist interessant zu untersuchen, in welchem Alter die Stadträte der SPÖ in den Gemeinderat kamen. Man könnte annehmen, daß für besonders tüchtige Politiker die lange Karrieresequenzen in der Parteiorganisation nicht so streng gelten, daß sie verschiedene Stufen überspringen können. Tatsächlich sind 60 %

der sozialistischen Spitzenfunktionäre vor Erreichung des 40. Lebensjahres in den Wiener Gemeinderat oder Stadtsenat eingezogen. Dies gibt einen beträchtlichen Unterschied zum durchschnittlichen Alter der Neulinge in der SPÖ-Fraktion (von 1964-64 6 % unter 40)⁶⁰⁾. Auch in der ÖVP waren die Spitzenfunktionäre bei Antritt ihres Amtes jünger als der Fraktionsdurchschnitt (57 % unter 40 gegenüber 30 % in der Gesamtfraktion). Ein weiteres Moment, daß die Alterszusammensetzung einer parlamentarischen Fraktion beeinflusst, ist die Zahl der Amtsperioden, die ihre Vertreter abgedient haben. Jene Fraktion wird älter sein, deren Mitglieder im Durchschnitt länger im Gemeinderat verbleiben.

I.2.20. Zahl der Amtsperioden der SPÖ- und ÖVP-Gemeinderäte von 1964

	SPÖ (n=58)	ÖVP (n=35)
seit 1964	22 %	34 %
" 1959	27	34
" 1954	26	14
" 1949	12	9
" 1945	14	6

52 % der sozialistischen Gemeinderäte gegenüber 29 % der ÖVP-Mandatare haben mehr als 2 Legislaturperioden im Gemeinderat verbracht. 7 sozialistische Mandatare sind bereits seit 1945 im Gemeinderat. Die längere Mandatdauer der SPÖ-Gemeinderäte bewirkt natürlich auch, daß sich die sozialistische Fraktion des Gemeinderates weniger verändert, d.h., daß prozentuell weniger neue Gemeinderäte als in der ÖVP nach jeder Wahl hinzukommen.

T.2.21. Anzahl der "Neulinge" in SPÖ- und ÖVP-Fraktion seit 1949.

	SPÖ	ÖVP
1949	26 % (n=14)	42 % (n=15)
1954	32 (19)	42 (15)
1959	32 (19)	39 (13)
1964	22 (14)	34 (11)

Die relative Überalterung der SPÖ-Fraktion des Wiener Gemeinderates läßt sich also darauf zurückführen, daß die SPÖ-Mandatäre in einem höheren Alter als ihre ÖVP Kollegen in den Gemeinderat kommen und außerdem eine größere Anzahl von Amtsperioden im Gemeinderat verbleiben. Hiermit wird bestätigt, daß "das Durchschnittsalter einer Elitegruppe umso höher liegen wird, je strenger ihre Karriereeregeln sind und je weniger Außenseiter zum Zug kommen."⁶¹⁾ Es ist somit weniger der Erziehungsrückstand, den Politiker aus Arbeiterparteien durch Schulung und organisatorisches Training in der Parteiorganisation aufzuholen haben, als vielmehr die Form und Dauer der politischen Karriere in Arbeiterparteien, die diese Fraktionen relativ älter macht.

Die Frauen im Wiener Gemeinderat

"Dies ist ja eine Welt der Männer.
Frauen haben es schwer..." (I.P.)

Die politische Gleichberechtigung der Frau, die durch die Demokratisierung des Wahlrechts und die Bestrebungen der "neuen" Parteien in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts erkämpft wurde, hat sich noch immer nicht zu einer vollen politischen Emanzipation, zu einem "Proporz der Geschlechter" im

politischen Leben entwickelt. Obwohl seit der Einführung des Frauenwahlrechtes die österreichischen Frauen die Mehrheit der Wählerschaft ausmachen -1919 waren es 54 %, 1945, als ein Großteil der Männer noch nicht aus dem Weltkrieg ⁶²⁾ heimgekehrt war, 64 % und 1966 56 % der gesamten Wählerschaft- ist die Zahl der Frauen, die sich aktiv am politischen Leben beteiligen, in politischen Gremien mitarbeiten und als Abgeordnete gewählt werden, weit geringer als die der Männer. ⁶³⁾

Dies wird besonders deutlich, wenn man die Vertretung der Frauen in repräsentativen Körperschaften, Gemeinderäten, Landtagen, im Parlament und in der Bundesregierung untersucht.

"Eine Relation 6:1 (zugunsten der Männer) entspricht den zur Zeit gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen." ⁶⁴⁾

Die Zahl der weiblichen Mandatare im Wiener Gemeinderat entspricht ungefähr dieser angegebenen Proportion. 15 Frauen unter 100 Gemeinderäten, das ergibt knapp ein Sechstel.

Untersucht man den Prozentsatz der Frauen in den einzelnen im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien, so stellen sich FPÖ und KPÖ als reine Männerparteien dar. Dies ist wohl dadurch zu erklären, daß Frauen in Parteien mit kleinen Fraktionen außerordentlich ungünstige Bedingungen für eine Kandidatur antreffen. In der ÖVP gibt es 4 Frauen, das sind 14 % der Gesamtfraktion. Die SPÖ-Fraktion weist 11 Frauen oder 19 % der Gesamtfraktion auf. Die Unterschiede zwischen den beiden Großparteien vergrößern sich, wenn man die Prozentzahlen der Frauenmandate seit 1945 zusammenfaßt.

I.2.22. Vertretung der Frauen im Wiener Gemeinderat
(nach SPÖ und ÖVP) seit 1945

	SPÖ	ÖVP
1945	21 %	6 %
1949	19	8
1954	20	14
1959	22	9
1964	18	14

Im Durchschnitt sind so im Wiener Gemeinderat seit 1945 20 % der SPÖ- und 10 % der ÖVP-Fraktion weibliche Mandatare. Diese Zahlen sind für beide Parteien beträchtlich höher als im Nationalrat, in dem 1962 9 % der SPÖ-Fraktion und 2,4 % der ÖVP-Fraktion (1956 9,2 % SPÖ resp. 3,7 % ÖVP) Frauen waren.⁶⁵⁾ Man kann diese Unterschiede vielleicht so erklären, daß die Frauen im politischen Wettbewerb eine schlechtere Startposition haben, sie das "schwächere Geschlecht" in der Politik sind und es daher besonders schwer für sie, in die oberste Schicht der politischen Elite vorzustoßen.⁶⁶⁾ Bessere Chancen als in Bundesregierung und Parlament und anderen politischen Spitzengremien haben Frauen in Landtagen, Gemeinderäten und anderen legislativen Körperschaften der "zweiten Ebene". Ziehen wir zum Vergleich die Zahl der weiblichen Mandatare im Grazer Gemeinderat heran,

I.2.23. Frauen im Grazer Gemeinderat seit 1945 nach SPÖ und ÖVP

	SPÖ	ÖVP
1945	14 % (n=22)	6 % (n=16)
1954	19 (21)	19 (16)
1959	17 (23)	17 (18)
1963	17 (23)	6 (17)

so sehen wir, daß auch hier die prozentuelle Vertretung der Frauen größer ist als im Nationalrat.

Die starke Position der Frauen in der SPÖ-Fraktion des Wiener Gemeinderates kann jedoch nicht ohne Berücksichtigung der Bedeutung und Rolle der Frau in der Wiener SPÖ verstanden werden. Gemessen am gesamtösterreichischen Durchschnitt kann man für Wien seit den ersten Nationalrats- und Gemeinderatswahlen der Republik eine außerordentlich starke politische Unterstützung der Sozialistischen Partei durch die Frauen konstatieren.⁶⁸⁾ Die Christlichsoziale Partei erhoffte sich im Jahre 1919 durch die Ausweitung des Wahlrechtes auf die Frauen eine wesentliche Verstärkung ihres Stimmenanteils. Man erwartete, daß die Frauen, "die an sich konservativ sind...sich als verlässliche Stütze des christlichsozialen Gedankens erweisen würden."⁶⁹⁾ Diese Rechnung, die in den meisten österreichischen Wahlkreisen stimmte, wo die Frauen zu einem hohen Prozentsatz der Christlichsozialen Partei den Vorzug gaben- ging in der Bundeshauptstadt Wien nicht auf. In ihrer stärksten Bastion gewannen die Sozialisten prozentuell weit mehr weibliche Stimmen als in den Bundesländern.⁷⁰⁾ Wiens Sonderstellung als "SPÖ-Bundesland der Frauen"⁷¹⁾ hat sich auch in der 2. Republik nicht verändert. Betrachtet man die Wahlergebnisse der Wiener Gemeinderatswahlen 1954, 1959 und 1964⁷²⁾

I.2.24. Gesamtzahl der gültigen Stimmen (Männer und Frauen)
nach Parteien

	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	andere
1954	52,7	33,2	5,9	8,2	-
1959	54,4	32,4	8,0	5,2	-
1964	54,7	33,9	5,7	5,0	0,7

I.2.25. Gemeinderat-Wahlergebnisse nach Männern und Frauen

	Männer					Frauen				
	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	andere	SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ	andere
1954	53,0	30,0	6,9	10,1	-	52,5	35,3	5,2	7,0	-
1959	54,5	28,4	10,4	6,7	-	54,4	35,0	6,4	4,2	-
1964	53,7	31,0	7,5	6,8	1,0	55,5	35,8	4,4	3,8	-

so sieht man, daß die SPÖ proportional wohl etwas weniger Frauenstimmen als die ÖVP, aber bei weitem mehr als FPÖ und KPÖ bekam. Eine genauere Untersuchung der Wahldaten ergibt, daß die SPÖ in Wien eine leichte Tendenz zu einer Frauenpartei zeigt. So steigt der SPÖ-Anteil an Frauenstimmen langsam und übertrifft 1964 erstmals den SPÖ-Anteil an Männerstimmen. Dieser hohe Grad der Unterstützung der SPÖ durch die weiblichen Wähler steht im Zusammenhang mit und bedingt die außerordentliche starke Beteiligung der Frauen im Wiener politischen Leben. Dies dokumentiert sich beispielsweise in der Wahlbeteiligung der Frauen. Während gemeinhin die Wahlbeteiligung der Frauen niedriger ist als die der Männer, ist die Beteiligung der Frauen in Wien an der Wahl bei den drei Gemeinderatswahlen 1954, 1959, 1964 höher als die der Männer.

Die im Vergleich mit anderen österreichischen legislativen Körperschaften starke Vertretung der sozialistischen Frauen im Wiener Gemeinderat -wozu noch hinzugefügt werden⁷³⁾ muß, daß zur Zeit der Befragung zwei weibliche SPÖ-Mandatare die Ressorts Kultur und Wohlfahrt leiteten- heißt nun aber nicht, daß die Wiener Frauen und ihre Vertreterinnen mit ihrem gegenwärtigen Besitzstand am Mandataren völlig zufrieden sind. Eine Mandatarin bemerkte

"Es ist interessant, daß von den 60 Mandataren der SPÖ nur 11 Frauen sind." (I.P.)

und meinte, daß bei der zunehmenden Bedeutung und dem Anteil der weiblichen Wähler in der SPÖ eine weitere "Expansion" der Frauenmandate an der Tagesordnung wäre.

Die Tradition der Frauenmandate, die Reservierung von Listenplätzen und Mandate in einigen Bezirken für die Frauen

"Es gibt eine Bezirkstradition: Floridsdorf ist seit 1919 immer auch mit einer Frau im Gemeinderat vertreten." (I.P.)

muß sich nicht immer zum Vorteil der weiblichen Kandidaten auswirken. Wenn zum Beispiel in einem Bezirk zwei tüchtige Bewerberinnen für einen Sitz im Gemeinderat zur Verfügung stehen, kann die Einrichtung des gesicherten Listenplatzes zu einer schwer überwindbaren Schranke werden.

"Bis 2 Tage vorher habe ich nichts gewußt davon.. habe erfahren, daß ich auf der Liste an 2. Stelle stehe...Ich habe gefürchtet, die Männer könnten protestieren, es waren mit mir schon 2 Frauen aus dem Bezirk, das gibt es nirgends in Wien. Aber keiner hat sich gemeldet, nur ein Sektionsleiter hat zu Protokoll gegeben, daß 2 Frauen des Bezirkes als Gemeinderäte nur eine Ausnahme seien. Also nur, weil es die X ist," (I.P.)

Es ist nur zu verständlich, daß die Frauen diese Bedenken der Männer wie deren Auffassung, daß die den weiblichen Kandidaten zugewiesenen Sitze als eine Art Geschenk zu betrachten seien, nicht besonders schätzen und sich vielmehr dafür einsetzen, daß sie im politischen Wettkampf als gleichberechtigte Partner anerkannt und ihre Mandate nicht als Gunst, sondern als hart verdiente politische Auszeichnung verstanden sehen wollen.

Als letzter Punkt sei noch erwähnt, daß man im Wiener Gemeinderat eine gewisse Arbeitsteilung, Spezialisierung der Frauen in bestimmten Aufgabengebieten beobachten kann. Eine von einer weiblichen Abgeordneten zum Hessischen Landtag verfasste Studie kennzeichnet die besonderen Aufgaben der Frauen in legislativen Körperschaften in folgender Weise

"Welche Themen bevorzugen Frauen? Die Kulturpolitik, die Sozialpolitik und alle Randgebiete, die irgendwo die 'weibliche Thematik erlauben, sind wohl die Lieblingsgebiete der Frauen..." 74)

Es wurde bereits festgestellt, daß Frauen als Stadträte der Abteilungen Kultur und Wohlfahrt fungieren. Frauen sind in diesen Arbeitsgebieten besonders tüchtig und kenntnisreich, da sie ein besseres Gefühl für Fürsorge-, Familien- und Schulprobleme haben.

"Wichtig ist meines Erachtens, daß die Frauen noch viel mehr in der Kommunalpolitik verankert würden, wegen der Familienprobleme. Diese werden von Frauen und Müttern besser beurteilt. Nicht nur sachlich, sondern auch gefühlsmäßig." (I.P.)

In diesen Domänen ⁷⁵⁾ der Frauen können sie auch erfolgreich gegen die "Männer" auftreten und entschieden ihre Meinung durchsetzen.

"Für das Fürsorgewesen haben die Männer kein solches Interesse, so bin ich immer mit meinen Meinungen durchgedrungen. Eigentlich hat man sich immer meiner Meinung gebeugt, bei zahlreichen Enqueten, so über den Jugendschutz und über ein Kindergartengesetz." (I.P.)

Untersuchen wir die Zusammensetzung der Ausschüsse des Wiener Gemeinderates, so sehen wir, daß die Frauen wie erwartet im Ausschuß 3 (Wohlfahrt), 4 (Kultur) und 5 (Gesundheit) am stärksten vertreten sind. Durchgehend von Männern besetzt sind die Ausschüsse Bauangelegenheiten und - behördliches, Allgemeine Verwaltung, Öffentliche Einrichtungen. Es gibt aber auch "Wirtschaftlerinnen" im Gemeinderat

"Ich bin Wirtschaftlerin und habe deshalb vor allem Interesse an wirtschaftspolitischen Fragen..." (I.P.)

Aber auch hier wird die weibliche Note gewahrt, und auf Fragen, die für Frauen besonders wichtig sind, Rücksicht genommen.

"Ich bin Mitglied von 2 Ausschüssen. Bau- und Wohnung, eine sehr interessante Tätigkeit.... Man bekommt Akte, die studiert man, spricht darüber mit den Kollegen, holt Ratschläge ein.. Wenn mir ein Plan vorgelegt wird, dann schau ich vor allem, daß in der Küche alle Dinge sind, welche die Hausfrau benötigt. Da fechte ich oft Sträuße mit den Architekten aus..."(I.P.)

Die Konfessionszugehörigkeit der Abgeordneten im Wiener Gemeinderat

In den Beziehungen zwischen Sozialisten und Kirche ist mit 1945, der Gründung der 2. österreichischen Republik, ein bedeutsamer Wandel eingetreten. Während das Linzer Programm im Jahre 1926 noch den Passus enthielt, daß "der Kapitalismus mit dem Zustand des Elends, der Unwissenheit und Unterwürfigkeit der breiten Massen" ⁷⁶⁾ auch die "religiösen Anschauungen dieser Volksmassen aufrecht zuerhalten" bestrebt ist, heißt im SPÖ-Parteiprogramm von 1958:

"Sozialismus und Religion sind keine Gegensätze mehr. Jeder religiöse Mensch kann Sozialist sein." ⁷⁷⁾

Die Konfessionszugehörigkeit der Wiener Gemeinderäte kann naturgemäß von diesen veränderten Beziehungen der SPÖ zur Religion und zur katholischen Kirche noch nicht beeinflusst sein. Es muß vielmehr erwartet werden, daß sich die religiöse Frontstellung der 1. Republik und der letzten Jahrzehnte der Monarchie in einer relativ hohen Zahl von sozialistischen Mandatären ohne religiöses Bekenntnis widerspiegelt.

I.2.24. Konfessionszugehörigkeit der SPÖ- und ÖVP-Mandatare

	SPÖ (n=58)	ÖVP (n=35)
Katholisch	36 %	97 %
Evangelisch	9	3
ohne Bekenntnis	<u>55</u>	<u>-</u>
	100	100

Mehr als die Hälfte der sozialistischen Gemeinderäte ist ohne religiöses Bekenntnis. Eine Untersuchung der Konfessionszugehörigkeit von älteren und jüngeren sozialistischen Gemeinderäten läßt keinen Rückgang im Anteil der Konfessionslosigkeit in der jüngeren SPÖ-Generation erkennen.⁷⁸⁾ Man könnte annehmen, daß der Anteil von konfessionslosen Mandataren in der Wiener sozialistischen Gemeinderatsfraktion größer als in den sozialistischen Fraktionen des Nationalrats oder anderer legislativer Körperschaften der Bundesländer, da die Wiener Bevölkerung prozentuell die höchste Rate an Konfessionslosen aufweist. Doch fehlen für einen solchen Vergleich die notwendigen Daten. Interessant ist weiterhin, daß aus Bezirken mit höheren Konfessionslosenquoten auch relativ mehr sozialistische Mandatare ohne religiöses Bekenntnis kommen.⁷⁹⁾

Geographische Herkunft der Wiener Gemeinderäte

Der Wiener Gemeinderat setzt sich in seiner überwiegenden Mehrzahl aus Mandataren zusammen, die in der Stadt ihrer politischen Aktivität geboren wurden. 81 % der befragten Gemeinderäte gaben Wien als ihren Geburtsort an, 13 % stammen aus den Bundesländern, wobei Niederösterreich, das Bundesland, das

praktisch zum Einzugsgebiet Wiens gehört, am stärksten vertreten ist (9 %). Die restlichen stammen aus dem Burgenland, aus Oberösterreich, Kärnten und der Steiermark. 4 % oder 4 Gemeinderäte wurden noch im Gebiet der ehemaligen Österreichisch-Ungarischen Monarchie, 2 der Gemeinderäte in den U.S.A. als Söhne von Emigranten geboren. 80)

I.2.25. Geographische Herkunft der Wiener Gemeinderäte nach SPÖ und ÖVP

	SPÖ (n=58)	ÖVP (n=35)
Wien	85 %	77 %
Niederösterreich	7	11
Andere Bundesländer	4	3
Ehemalige Monarchie	2	6
Ausland	<u>2</u>	<u>3</u>
	100	100

Die SPÖ verfügt über einen etwas höheren Prozentsatz aus Wien gebürtiger Mandatären. Das mag damit zusammenhängen, daß in der Monarchie und den ersten Jahrzehnten der österreichischen Republik Wien ausgesprochene Hochburg der Arbeiterbewegung war, während die Bundesländer als Reservate der Christlich-sozialen galten. Eine vor kurzem durchgeführte Meinungsumfrage über geographische Herkunft und Parteipräferenz der Wiener -70 % der in Wien Geborenen sympathisieren mit der SPÖ, hingegen nur 56 % der nicht aus Wien Gebürtigen- spricht für die Plausibilität dieser Annahme. 81)

Wenn man die geographische Herkunft der Wiener Gemeinderäte eine Generation weiter zurück verfolgt, zeigt sich, daß weniger als die Hälfte aller Gemeinderäte 40 % aus alteingesessenen Wiener Familien stammt.

T.2.26. Geographische Herkunft der Eltern der Wiener Gemeinderäte

(n=98)

Beide in Wien	40 %
ein Elternteil in Wien, der andere in Bundesländern	13
Beide in Bundes- ländern	23
Ein Elternteil in Wien, anderen im Ausland (incl. Ge- biete der ehemal. Monarchie)	9
Ein Elternteil in Bundesländern, andere im Ausland (incl. Monarchie)	7
Beide im Ausland	10

Nur bei 41 % der Mandatare wurden beide Elternteile in Wien geboren, bei weiteren 21 % stammt zumindest ein Elternteil aus Wien, eine ebensogroße Anzahl stammt sowohl väterlicher- als auch mütterlicherseits aus den Bundesländern. Mehr als ein Zehntel der Mandatare hat Vorfahren, die nicht aus Österreich gebürtig sind. Eine getrennte Untersuchung der Herkunft beider Elternteile zeigt, daß es sich in diesen Fällen zumeist um Mandatare handelt, die im Gebiet der alten Monarchie geboren wurden. Väterlicherseits stammen 15 %, mütterlicherseits 18 % der Mandatare aus dem österreich-ungarischen Reichsgebiet.

Auch die Untersuchung der geographischen Herkunft der Eltern ergibt keine allzugroßen Unterschiede zwischen den beiden Großparteien. Die SPÖ weist einen etwas höheren Prozentsatz (41 %) von Mandataren auf, deren Elternteile beide aus Wien gebürtig sind (ÖVP 37 %). Erwartungsgemäß hat die ÖVP einen höheren Anteil an Gemeinderäten, deren Eltern aus den Bundesländern stammen (26 % der ÖVP gegenüber 19 % in der SPÖ).

Ein Vergleich der geographischen Herkunft und damit der Rate der Bevölkerungsbewegung der Mandatare und ihrer Eltern zeigt die rückläufige Tendenz der geographischen Mobilität seit der Gründung der österreichischen Republik. Die Bundeshauptstadt war noch bis in die ersten Jahre der Republik eine wachsende Metropole, die Anziehungskraft auf die Bundesländer ausübte, besaß aber keineswegs mehr die Attraktivität der alten Reichsmetropole. So zeigte die Bevölkerungsbewegung noch bis in die 20er Jahre steigende Tendenz, erst die Kriegsereignisse und die ersten Nachkriegsjahre brachten ein Ende dieser demographischen Aufstiegsbewegung.

Zusammenfassung:

Folgende Aussagen und Annahmen können auf der Basis des besprochenen Materials über die Wiener Gemeinderäte und die beiden großen Fraktionen des Gemeinderats gemacht werden:

- A) Die beiden im Wiener Gemeinderat vertretenen österreichischen Parteien entsenden Mandatare , die aus den wichtigsten sozialen und beruflichen Gruppen ihrer Stammwählerschaft kommen. Verglichen mit dem Gemeinderat der Monarchie wie auch anderen ausländischen vor allem amerikanischen Legislaturen, kann man von einer ausgesprochen sozial repräsentativ gehaltenen Zusammensetzung des Wiener Gemeinderates sprechen.
- B) In der SPÖ-Fraktion ist es notwendig, zur sozialen Charakterisierung ihrer Vertreter neben dem ausgeübten Beruf auch den erlernten und den Beruf des Vaters in Betracht zu ziehen. Erst auf dieser Basis kann man Aussagen darüber machen, wie groß der Anteil der Mandatare ist, die aus der Arbeiterklasse

kommen. Eine detailliertere Untersuchung des beruflichen und politischen Werdegangs der sozialistischen Mandatäre erbringt, daß der Eintritt in die Politik, eine aktive politische Laufbahn den sozialen Status der ursprünglichen Arbeiter verändert.

- C) Der Anteil von hauptberuflichen Gemeinderäten ist in der SPÖ-Fraktion größer als in der ÖVP. Dies geht einerseits aus der dominierenden Position der SPÖ in Wien und im Wiener Gemeinderat hervor. Andererseits ist die Ausübung und die Beibehaltung des Berufes für ÖVP-Mandatäre wichtiger als für die SPÖ-Vertreter, da die ersteren vielfach in ihrer beruflichen Position, in Kammern und Berufsverbänden ihre eigentliche politische Basis haben. Die SPÖ-Gemeinderäte haben weniger Bindung an ihren Beruf und sind außerdem von der politischen Arbeit in den Bezirksorganisationen meistens in Anspruch genommen, daß ein größerer Prozentsatz sich von seinem Arbeitsplatz freistellen läßt oder überhaupt ganz in die Politik überwechselt.
- D) Erwartungsgemäß sind in der ÖVP-Fraktion ein weit höherer Anteil von Akademikern und Absolventen Höherer Schulen. Den SPÖ-Mandatären, insbesondere der älteren Generation, war es in den meisten Fällen nicht möglich, die Bildungsschranken der staatlichen höheren Erziehung zu überspringen. Die älteren SPÖ-Gemeinderäte weisen einen außerordentlich hohen Grad an außerschulischer Bildungsmobilität auf.
- E) Wie in anderen europäischen parlamentarischen Körperschaften beobachtet wurde, ist auch im Wiener Gemeinderat die SPÖ-Fraktion im Durchschnitt älter als die ÖVP-Fraktion. Die relative Überalterung der sozialistischen Mandatäre entsteht dadurch, daß die SPÖ-Vertreter durchschnittlich eine weit längere

Zeit brauchen, bevor sie die verschiedenen Etappen ihres organisatorischen Trainings in ihrer Partei durchschritten haben und in den Gemeinderat einziehen. Sie sind beim Antritt ihres Mandates älter als ihre Kollegen aus der ÖVP und bleiben auch eine längere Zeit in der legislativen Körperschaft. Auffallend ist, daß die politischen Spitzenmandatäre verhältnismäßig sehr jung Karriere machen.

F) Die Zahl der weiblichen Vertreter ist -wenn auch weit von einem echten Proporz der Geschlechter entfemt- im Wiener Gemeinderat prozentuell weit höher als in anderen österreichischen legislativen Körperschaften. Dies gilt vor allem für die sozialistische Fraktion. Die weiblichen Abgeordneten spezialisieren sich vor allem auf Sozial- und Kulturpolitik.

G) Auffallend hoch ist der Prozentsatz von Mandatären ohne religiöses Bekenntnis in der SPÖ-Fraktion. Bezirke mit einem höheren Anteil von Konfessionslosen entsenden einen größeren Prozentsatz von Mandatären ohne religiöses Bekenntnis. Im Anteil der Konfessionslosigkeit lassen sich zwischen älterer und jüngerer Generation keine Unterschiede feststellen.

F) Die Mandatäre des Wiener Gemeinderates sind zum größten Teil in Wien geboren und aufgewachsen. Die geographische Herkunft der Eltern illustriert die größere Bevölkerungsbewegung in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts.

Anmerkungen:

- 1) Literatur zur Politischen Elite: Von den Klassikern v.a. V. Pareto, (deutsche Ausgabe Allgemeine Soziologie, 1955) und R. Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, 1910.
Neuere Arbeiten v.a. S. Keller, Beyond the Ruling Class. Strategic Elites in Modern Society, 1963 und W. Zapf, Wandlungen der deutschen Elite, 1966.
In den U.S.A. v.a. die Arbeiten von Harold D. Lasswell, Psychopathology and Politics, 1930 und C.W. Mills, The Power Elite, 1956.
Zahlreiche Arbeiten liegen vor über das Thema der Community Power. (R. Lynd, R. Dahl, R.F. Hunter etc. einen guten Überblick gibt N. Polsby, Community Power and Political Theory, 1963).
Vgl. weiters D.R. Matthews, The Social Background of Political Decisions-Makers, 1954 und D. Marvick edit. Political Decision-makers, 1961.
Neuere Europäische Arbeiten v.a. W.L. Guttsman, The British Political Elite, 1965; W. Zapf hrsg. Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht, 1965; M. Dogan, Political Ascent in a Class Society: French Deputies 1870-1958 in D. Marvick op.cit.; L.J. Edinger, Post-totalitarian Leadership: Elites in the German Federal Republic, American Political Science Review 1960, 1 S.58-82.
- 2) Vgl. N.v. Preradovich, Die Führungsschichten in Österreich und Preussen (1804-1918), 1955; N. Freytag, die Struktur des Österreichischen Nationalrates in der Gegenwart, Dissertation Univ. Wien, 1958; Zur Erforschung der Wr. Kommunalpolitik v.a. die Arbeiten von F. Patzer über den Wiener Gemeinderat (Die Pioniere des Sozialismus im Wiener Rathaus, Dissertation Univ. Wien, 1949; Der Wiener Gemeinderat von 1890-1952; 1952 und der Wiener Gemeinderat 1918-1934; 1961).
A. Vodopivec, Wer regiert in Österreich, 1962; W. Lichem, Die Kandidaten zum Österreichischen Nationalrat 1956, 1959, 1962 in Wahlen und Parteien in Österreich hrsg. von R. Stiefbold et al., 1966, 274-363;
- 3) Literatur über Abgeordnete zu legislativen Körperschaften:
D. Matthews, U.S. Senators and Their World, 1960; H. Eulau et al. The Legislative System, 1962; R.L. Peabody, N.W. Polsby, New Perspectives on the House of Representatives, 1963; J.D. Barber, The Lawmakers, 1965 u.a.

Arbeiten über europäische Parlamente: M. Dogan op.cit., G. Sartori, Parliamentarians in Italy, in UNESCO International Social Science Journal, 13,4 (1961) S. 583.99; N. Pesonen, The legislative career in Finland in E. Allardt-Y. Littunen, Cleavages, Ideologies and Party Systems, 1964; G. Loewenberg, Parliament in the German Political System, 1967.

- 4) Vgl. über Begriff und Problematik von political culture H. Eulau, The Behavioral Persuasion, 1963.
- 5) Vgl. Anm. 2
- 6) Zapf, Wandlungen der deutschen Elite S. 11.
- 7) Gemeint ist vor allem das Nicht-Wiederaufnehmen der empirischen Traditionen von Paul Lazarsfeld, Hans Zeisel, Paul Neurath u.a.
- 8) Vgl. F. Czeike, Liberale, Christlich-Soziale und Sozialdemokratische Kommunaöpolitik 1861-1934, 1962. Vgl. Kapitel 1 des "Wiener Gemeinderat" Buches.
- 9) Vgl. O. Lange, Politische Soziologie, 1964 S. 68.
- 10) N.v. Preradovic, Führungsgeschichten S. 168 ff.
- 11) Entnommen aus O. Knauer, Wien in der Volksvertretung von 1848-1951 in Handbuch der Stadt Wien 67/68, S. 289 ff. Eine systematische Zusammenstellung aufgegliedert nach Parteien liegt erst seit 1890 vor. Vgl. F. Patzer, Der Wiener Gemeinderat 1890-1952, auf dessen Angaben die folgenden Vergleiche basieren.
- 12) E. Felder, Erinnerungen eines Wiener Bürgermeisters, hrsg. v. F. Czeike, 1964 S. 149 ff.
- 13) C. Felder op.cit. 150.
- 14) M. Dogan, Political Ascent S. 69-70.
- 15) M. Weber, Gesammelte Politische Schriften, 1956 S.501.
- 16) Aus unveröffentlichten Wahlaufufen der Wiener Bibliothek der Arbeiterbewegung (datiert 1897).

- 17) F. Patzer, Pioniere S. 49.
- 18) Zusammengestellt aus F. Patzer, Wiener Gemeinderat von 1890-1952 S.21, 29, 58 und den Interview-Protokollen "Wiener Gemeinderat".
- 19) F. Patzer, Wiener Gemeinderat 1890-1952 S.20.
- 20) Vgl. C. Felder, Erinnerungen S.134.
- 21) So beispielsweise die Bürgermeister Andreas Zelinka (1862-68), Cajetan Felder (1869-78), Karl Lueger(1897-1910), Johann Kaspar Seiller (1851-61).
- 22) C. Felder, Erinnerungen, S. 168, 206, 270.
- 23) C. Felder, op.cit. S. 285.
- 24) Zusammengestellt aus F. Patzer, Wiener Gemeinderat 1890-1952 S. 15-20, 29, 34-38, 56-57.
- 25) F. Patzer, op.cit. S. 56-57 und Interview-Protokolle.
- 26) N. Frytag, Struktur des Österreichischen Nationalrates T.21, S. 99-100. W. Crane, The Legislature of Lower Austria S. 8.: 1961, "The occupations of the 54 men and 2 women in the Lower Austrian Legislature reflect a sharp contrast with American patterns.. There is only one lawyer!"
- 27) H. Eulau-U.D. Sprague, Lawyers in Politics, 1964 S.31. D. Matthews, U.S. Senators S.33 ff. R. Aron, Social Structure and the Ruling Class in R.R. Bendix-S.M.Lipset, Class, Status and Power. A Reader in Social Stratification, 1961, S.274 ff. Vgl. M. Dogan, Political Ascent in Class Society, p. 69: "One finds a progressive diminution (of the Percentage of lawyers H.K.) beginning during World War I..." Dogan bringt auch Vergleichszahlen über den Anteil der lawyers im Italienischen, Englischen und Deutschen Parlament; C.W. Mills, The Power Elite S. 248; F. Sorauf, Party and Representation, 1963 S 72 bemerkt, daß im Repräsentantenhaus von Pennsylvania prozentuell weniger Lawyers vertreten sind als in anderen legislativen Körperschaften von amerikanischen Einzelstaaten. Pennsylvania ist ein Staat mit "strong party politics" (S.14). Es wäre interessant zu untersuchen, ob der Anteil der lawyers mit der Stärke und Organisationsstruktur der Parteien korreliert.

- 28) Vgl. F. Patzer, Wiener Gemeinderat 1890-1952 S. 95. Unterschiede zwischen Patzers und unseren Ergebnissen werden darauf zurückgeführt sein, daß Patzer eine andere Tabulation der Berufsklassen vornahm. Die Verminderung des Anteils der Gruppe Unterricht und der Parteiangestellten, die F. Patzer für 1945-53 feststellte, scheint jedenfalls in der Periode 1964-69 nicht auf. Vgl. Patzer op.cit. S. 97.
- 29) So waren 1918-34 Öffentliche Bedienstete in der SPD-Fraktion mit 9 %, Unterrichtswesen mit 15 %, politische Angestellte mit 20 und Metallverarbeitende Industrie mit 14 % vertreten (n=157). In der Legislaturperiode 1964-69 sind in der SPÖ-Fraktion des Wiener Gemeinderates 15 % Öffentlich Bedienstete, 13 % aus dem Unterrichtswesen, 27 % politische Angestellte und 22 % aus der Metallverarbeitenden Industrie.
- 30) Vgl. M. Feiler, The Viennese Municipal Service, 1933 to 1950. A Case Study in Bureaucratic Resiliency. Dissertation New York University, 1964, und Preradovic, Führungsgruppen S. 161, 182.
- 30 a) H. Valen-D.Katz, Political Parties in Norway S.301. H.Valen, The Recruitment of Parliamentary Nominees in Norway in Scandinavian Political Studies 1, 1966 S. 129.
- 31) Vgl. R. Mayntz, Oligarchic Problems in a German Party District in D. Marvick, Political Decisionmakers S.180: "Socio-economic selectivity becomes more pronounced, the higher the party office."
- 32) D. Matthews, Social Background S.32. Vgl. W.J. Keefe-M.S. Ogul, The American Legislative Process. Congress and the States, 1964.
- 33) Vgl. K. Blecha, R. Gmoser, H. Kienzl, Der Durchleuchtete Wähler, 1964. W.D. Simon, Politische Ethik und Politische Struktur, in KölnerZeitschrift für Soziologie 11, 1959, S. 445-459. D. Marvick-R. Stiefbold, Sozialstrukturelle Merkmale der Wählerschaft der ÖVP und SPÖ, 1961-1962 (Unveröffentlichtes Manuskript) 1966; O. Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. in Politische Vierteljahrschrift, 6, 1 (1965) S. 20-41.

- 34) Um die soziale Repräsentativität zu untersuchen, müßte man nicht nur die Berufsstruktur der Wiener Bevölkerung heranziehen (Vgl. A. Kaufmann, Demographische Struktur und Haushalts- und Familienformen der Wiener Bevölkerung. Dissertation Wien 1966 S.D 171), sondern auch die Sozialstruktur der Wähler- und Mitgliedschaft der beiden Parteien (wie der Bünde) berücksichtigen. Auf diesem Gebiet gibt es jedoch kaum brauchbare Daten. Vgl. K.Shell, The Transformation of Austrian Socialism, 1962 S. 49, T. 1, Bericht an den SPÖ-Parteitag 1965, S. 57, T.10.
- 35) Literatur zur sozialen Mobilität: Sonderheft des Current Sociology 9.1.1965 "Comparative Social Mobility" p.4: "the concentration on occupational prestige as the indicator of mobility is a choice largely based on the relative simplicity of procedures involved." Weiters D.V. Glass, Social Mobility in Britain, 1954. S.M. Lipset-R.Bendix Social Class, Status and Power 1961; R. Bendix-S.M. Lipset, Social Mobility in an Industrial Society, 1959.
- 36) Vgl. W. Zapf. Wandlungen S.46: "Für Bauern- und Arbeiter-söhne stellt die Politik die mit Abstand wichtigste Aufstiegs-möglichkeit dar."
- 37) Tatsächlich dürfte ein noch größerer Prozentsatz der SPÖ-mandatäre aus Arbeiterfamilien kommen, da die Berufsklassifizierung des Vaters nicht zwischen erlernten und ausgeübten Beruf unterscheidet.
- 38) Auch hier können die ungenauen Berufsdaten der Väter Unterschiede hervorrufen.
- 39) Unsere Ergebnisse weichen hier von den Resultaten F. Patzers ab, dem zufolge die Berufsklasse der Parteiangestellten in der Periode 1945-53 überhaupt nicht mehr vertreten ist. F. Patzer, Wiener Gemeinderat 1890-1952 S. 97. Das dürfte daher kommen, daß F. Patzer nur amtliche Angaben zur Verfügung standen.
- 40) W. Zapf, Beiträge S. 18.: "Die größere Aufstiegsgruppe aber hat sich aus den Mittelschichten, dem Bauern- und Klein-bürgertum (Untere Mittelschicht), zumeist über ein Hochschulstudium oder eine mittlere Funktionärskarriere, zur Spitze hochgearbeitet."

- 41) N. Freytag, Struktur des Nationalrates S.90, sieht die Problematik, folgert jedoch daraus, daß die "Arbeiter als solche in den Parlamenten Österreichs, aber auch Deutschlands zahlenmäßig nie besonders stark vertreten waren." Eine gute Darstellung bei H. Fischer, Soziologie eines Parteitages, Die Zukunft S. 14, 1967.
- 42) Vgl. die sonst ausgezeichnete Studie A. Ranney's, Pathways to Parliament S. 203 ff.
- 43) Hier seien vor allem die Publikationen der Gruppe um Dolf Sternberger erwähnt v.a. R. Wildenmann, Partei und Fraktion, 1955 und E. Obermann, Alter und Konstanz von Fraktionen, 1956.
- 44) N. Freytag, Struktur des österreichisch Nationalrates S. 85.
- 45) N. Freytag, op. cit. S. 86
- 46) M. Duverger, Politische Parteien, 1959 S. 175; H. Valen D. Katz, Political Parties in Norway, S.272; H. Valen, Recruitment of Nominees S.149; W. Zapf, Wandlungen S.177.
- 47) M. Duverger, op.cit. S.176.
- 48) N. Freytag, Struktur des österreichischen Nationalrates S 76, T.15.
- 49) Vgl. Ch. Gulick, Österreich von Habsburg zu Mitler, 1948 Kap. 18.
- 50) J. Buttinger, Am Beispiel Österreichs, 1955 S.129.
- 51) E. Obermann, Alter und Konstanz von Fraktionen, 1956; N. Freytag, Struktur des österreichischen Nationalrates, S. 48-62; W. Lichem, Kandidaten S.360 ff.
A. Ranney, Pathways to Parliament S. 198; W.L. Buttsman, British Political Elite S. 201; H. Valen-D. Katz, Political Parties in Norway S. 267.
- 52) M. Duverger, Politische Parteien S. 175 ff; W. Zapf, Beiträge S. 48 ff. H.Vallen, Recruitment of Nominees S. 137 T.5 (Hier ist die Arbeiterpartei jünger als die bürgerlichen Parteien).

- 53) Veränderungen in der Altersstruktur der Wiener Bevölkerung: 1910 waren 15 % der Wiener über 50, 1934 waren es bereits 27 % und 1961 43 %. Vgl. A. Kaufmann, Demographische Struktur, S. 33.
- 54) Vgl. Die Aufsätze von F. Hurdes und F. Habl. in Österreichische Monatshefte 4, 1965 "20 Jahre Österreichische Volkspartei"; A. Schärf, Österreichs Wiederaufrichtung im Jahre 1945, 1960.
- 55) Zusammengestellt aus F. Patzer, Wiener Gemeinderat von 1918-34 S. 299, 307 und O. Knauer, Der Wiener Gemeinderat 1861-1962 in Handbuch der Stadt Wien 77, S.211-254.
- 56) Tabuliert aus N. Freytag, Struktur des Nationalrates S.52-53; W. Lichem, Kandidaten S.360 T.7 und Die Nationalratswahl vom 6.3.1966, Bundesministerium für Inneres S. 19, T.7.
- 57) Eine Aufgliederung der ÖVP-Gemeinderäte nach Bündeln erbringt keinen Unterschied.
- 58) Aus unveröffentlichten Wahllisten des Grazer Statistischen Amtes.
- 59) Der jüngste Gemeinderat seit 1945 war 27 Jahre alt (ÖVP)
- 60) Die großen Unterschiede zwischen politischen Führern und Fußvolk in diesem Punkt können auch damit zusammenhängen, daß die ersteren die wichtigen Positionen vor allem in den Jahren nach 1945 gewannen, als es für jüngere Politiker relativ leichter war, aufzusteigen.
- 61) W. Zapf, Wandlungen S. 170; W. L. Guttsman, British Political Elite S. 203.
- 62) H. Firnberg, H.S. Rutschka, Die Frau in Österreich, 1967 S. 102.
- 63) H. Valen, Recruitment of Nominees, S. 130; M. Duverger, The Political Role of the Woman, 1955.
- 64) H. Fischer, Soziologie eines Parteitages, Die Zukunft 5, 67 S. 13.
- 65) N. Freytag, Struktur des Nationalrates S. 62 ff; W. Lichem, Kandidaten S. 355 ff.

- 66) W. Lichem, Kandidaten, S. 362.
- 67) Aus unveröffentlichten Wahllisten des Grazer Statistischen Amtes.
- 68) Ein Vergleich wird dadurch erschwert, daß eine getrennte Auszählung von Frauen- und Männerstimmen nur für die Nationalratswahlen 1920-30 und die Wiener Gemeinderatswahlen 1923-30, nach 1945 nur für den Wiener Gemeinderat seit 1954 vorliegen. Eine Wiedereinführung der getrennten Stimmauszählung bei Nationalratswahlen wurde von der ÖVP abgelehnt. Vgl. N. Freytag, Struktur des Nationalrates S. 63, Anm. 3.
- 69) F. Patzer, Wiener Gemeinderat von 1918-34 S. 46. Zum Problem der Konservativität der Frauen vgl. M. Dogan, Unterschiede im Wahlverhalten der Männer und Frauen in Italien, in Kölner Zeitschrift für Soziologie 17, 1965 S. 543-54.
- 70) Diese Darstellung basiert auf K. Selber, Wie wählen Österreichs Frauen, Unveröffentlichtes Manuskript im Seminar Prof. Herbert Tingstens im Institut für Höhere Studien, Wien 1965. Vgl. H. Tingsten, Political Behavior 1937 v.a. S. 65 ff.
- 71) H. Firnberg-L.S. Rutschka, Frau in Österreich S. 104.
- 72) Aus K. Selber, Wie wählen Österreichs Frauen, S.7 T.12.
- 73) Während der Legislaturperiode wurde eine dritte weibliche Mandatarin (ÖVP) Stadträtin des Ressorts Städtische Unternehmungen. In der 1. Republik war Alma Motzko (CSP) Stadträtin, jedoch ohne Ressort.
- 74) G. Strecker, Der Hessische Landtag 1966, S.64.
- 75) Die Berufe der weiblichen SPÖ-Gemeinderäte nehmen die spätere Spezialisierung auf Schul- und Fürsorgeprobleme noch nicht vorweg, d.h. die Mehrzahl der weiblichen SPÖ-Mandatare waren ursprünglich kaufmännische Angestellte, Sozial- und Lehrberufe sind nur je einmal vertreten. In der ÖVP sind die Frauen zwei Mittelschullehrerinnen, eine Referentin für Schulfragen und eine Bankbeamtin und Wirtschaftlerin. Alle vier weiblichen Gemeinderäte besitzen einen akademischen Grad.

- 76) Vgl. Die österreichische Sozialdemokratie im Spiegel ihrer Programme, 1964 S.50.
- 77) op.cit. S. 75.
- 78) 54 % der unter 50 und 55 % der über 50 Jährigen SPÖ-Mandatare sind ohne religiöses Bekenntnis.
- 79) Bis auf den 10. Bezirk sind die SPÖ-Gemeinderäte aus allen Wiener Bezirken mit über dem Wiener Durchschnitt liegenden Anteil von Konfessionslosen zu einem höheren Prozentsatz ohne religiöses Bekenntnis.
- 80) Dies entspricht ungefähr der geographischen Herkunft der Abgeordneten zum Nationalrat. (5,5 % haben eine Geburtsort außerhalb des heutigen Staatsgebietes, davon die meisten auf dem Gebiet der ehemaligen Österreichischen Monarchie). Vgl. N. Freytag, Struktur des Nationalrates, S. 75.
- 81) Eine Umfrage des IFES untersuchte vor kurzem Herkunft der Wiener und Parteipräferenz. 70 % der in Wien Geborenen gegenüber 56 % der nicht aus Wien Gebürtigen unterstützen die SPÖ (Gesamtbevölkerung 63 %)

Literaturverzeichnis

- M.Dogan, Political Ascent in a class Society in: D. Marvick (ed.) Political Decision-makers (1961) S. 57-90.
- M.Duverger, Politische Parteien (1957)
- H. Eulau et al., The Legislative System (1962)
- H. Eulau-J.D. Sprague, Lawyers in Politics (1964)
- C. Felder, Erinnerungen eines Wiener Bürgermeisters, hrsg. v. F. Czeike (1964)
- H. Firnberg-L.S. Rutschka, Die Frau in Österreich (1967)
- H. Fischer, Soziologie eines Parteitages in: Die Zukunft 5, (1967) S. 13-15.
- N, Freytag, Die Struktur des österreichischen Nationalrates, Dissertation Wien (1958)
- Ch. Gulick, Von Habsburg zu Hitler (1948)
- W.L. Guttsman, The British Political Elite (1963)
- A. Kaufmann, Demographische Struktur und Haushalts- und Familienform der Wiener Bevölkerung, Dissertation Wien (1966)
- O. Knauer, Der Wiener Gemeinderat 1861-1962 in: Handbuch der Stadt Wien, 77 Jg., S.211-54.

- W. Lichem, Die Kandidaten zum österreichischen Nationalrat
1956, 1959, 1962 in : Wahlen und Parteien in Öster-
reich hrsg. v. R. Stiefbold et. al. (1966) S. 274-363.
- D.R. Matthews, The Social Background of Political Decision-Makers
(1954)
- C.W. Mills, The Power Elite (1956)
- E. Obermann, Alter und Konstanz von Fraktionen (1956)
- F. Patzer, Die Pioniere des Sozialismus im Wiener Rathaus,
Dissertation Wien (1949)
- " - , Der Wiener Gemeinderat von 1918-1934 (1961)
- " - , Der Wiener Gemeinderat von 1890-1952 (1952)
- N.v. Preradovich, Die Führungsschichten in Österreich und Preussen
1804-1918 (1955)
- A. Ranney, Pathways to Parliament (1965)
- K. Selber, Wie wählen Österreichs Frauen? Manuskript Institut für
Höhere Studien Wien (1965)
- G. Strecker, Der Hessische Landtag (1966)
- F. Sorauf, Party and Representation (1963)
- H. Tingsten, Political Behavior (1937)
- H. Valen-D. Katz, Political Parties in Norway (1964)
- H. Valen, The Recruitment of Parliamentary Nominees in Norway in:
Scandinavian Political Studies 1 (1966) S. 121-166.
- W. Zapf, Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht (1965);
(hrsg)
- W. Zapf, Wandlungen der deutschen Elite (1965)